

## 4. Pathologisches Lernen in der europäischen Geschichte

---

Das oben entwickelte Modell macht erstmal nur theoretische Aussagen. Ob und inwiefern es auch für die empirische Analyse taugt und die Ableitung sinnvoller Aussagen über konkrete politische Herrschaftsformen und deren Wandel erlaubt, zeigt sich letztlich erst dann, wenn es für die konkrete Rekonstruktion historischer Fälle verwendet wird. Zur Vorbereitung dieser Analyse braucht es ein konkretisiertes Verständnis dessen, was wir eigentlich unter dem Begriff der Herrschaft verstehen. Hierbei lässt sich gut mit dem klassischen Herrschaftsverständnis von Max Weber beginnen, demzufolge Herrschaft »die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden«<sup>94</sup> bezeichnet. Auffällig an dieser Definition ist, dass Weber den Begriff der Herrschaft nicht an das Gewaltmonopol des Staates ankoppelt. Herrschaft und Staatlichkeit sind also nicht notwendig miteinander verknüpft, sondern können unabhängig voneinander bestehen. Staaten können starke oder schwache Herrschaftsapparate aufweisen und Herrschaft kann grundsätzlich innerhalb genauso wie jenseits des Staates bestehen.<sup>95</sup> Herrschaft besteht immer dann, wenn ein Wille auf Gehorsam stößt, völlig unabhängig davon, ob dieses innerhalb eines Staates, in einem staatsübergreifenden oder gar nichtstaatlichen Kontext geschieht. Die entscheidende Frage, die sich hier anschließt, lautet, was denn dann die wichtigsten Gründe für Herrschaft sind, wenn es nicht das Gewaltmonopol des Staates ist. Weber unterscheidet hierzu die legale und durch Satzung, Ordnung oder Recht legitimierte Herrschaft von der traditionellen und sich auf den Glauben an die Autorität stützende sowie die charismatische Herrschaft, die von Personen ausgeübt wird, die aufgrund besonderer Eigenschaften als »Herrscher« anerkannt werden. Diese deskriptive Annäherung an den Herrschaftsbegriff ist insofern hilfreich als sie die Vielfältigkeit der Ressourcen offenlegt,

auf die sich Herrschaft stützen kann. Sie ist gleichzeitig allerdings nur bedingt tauglich für das hier verfolgte Vorhaben, da ihr die analytische Sensibilität für unterschiedliche quantitative Ausprägungen von Herrschaft fehlt. Ein hilfreiches alternatives Herrschaftsverständnis findet sich bei Antonio Gramsci. Gramsci versteht politische Herrschaft als Ausdruck eines »historischen Blocks«, der sowohl normative als auch materielle und institutionelle Faktoren umfasst. Gramsci stellte sich in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts die Frage, wie es zu erklären sei, dass die kapitalistische Ordnung trotz all ihrer Widersprüche und Ungerechtigkeiten so stabil sei und weswegen die italienische Arbeiterschaft nicht dagegen rebelliere. Den Grund hierfür fand er in der Verschränkung und wechselseitigen Bestätigung von drei zentralen herrschaftsbegründenden Komponenten, nämlich normativen Überzeugungen, materiellen Produktionsbedingungen und konkreten Herrschaftsverhältnissen. Der kapitalistische historische Block, so die Erkenntnis Gramscis, sei so stabil, weil er zwar einerseits die Interessen der herrschenden Klasse zum Ausdruck bringe, gleichzeitig aber auch nicht-herrschende Gruppen dadurch mit einbinde, dass politische Kompromisse eingegangen und eine Akzeptanz von Unterordnung seitens der beherrschten Klassen erzeugt werde. Damit eine spezifische Gruppe als führend anerkannt werde, dürfe sie sich nämlich weder ausschließlich auf Gewaltressourcen stützen noch alleinig ökonomisch vorherrschend sein. Entscheidend sei vielmehr, dass sie sich ebenfalls im Bereich der Ideologie und der Kultur durchsetze. Nur dann, wenn eine gesellschaftliche Gruppe auch kulturell vorherrschend und die Realitätswahrnehmungen der Menschen prägend sei, nehme Herrschaft einen stabilen »hegemonialen« Charakter an, der auf eine entgegenkommende Bereitschaft seitens anderer gesellschaftlicher Gruppen stoße. Die Führung einer gesellschaftlichen Gruppe – und damit die Stabilität einer politischen Ordnung – umfasse die Fähigkeit, eine kulturelle Ausstrahlungskraft zu entwickeln, die über das eigene Lager hinauswächst und orientierend für das Denken und die Lebensweise der Menschen wirke. Oder anders ausgedrückt: hegemonial werden gesellschaftliche Ordnungen erst dann, wenn philosophische Ideen zu »Tatsachen« in dem Sinn werden, dass sie von allen – oder zumindest den allermeisten – als Fakten anerkannt werden:

»Eine neue Kultur zu schaffen bedeutet nicht nur, individuell ›originelle‹ Entdeckungen zu machen, es bedeutet auch und besonders, bereits

entdeckte Wahrheiten kritisch zu verbreiten, sie sozusagen zu ›vergesellschaften‹ und sie dadurch Basis vitaler Handlungen, Element der Koordination und der intellektuellen und moralischen Ordnung werden zu lassen. Dass eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine ›philosophische‹ Tatsache, die viel wichtiger und ›origineller‹ ist, als wenn ein philosophisches ›Genie‹ eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt.«<sup>96</sup>

Die von Gramsci bemühte Betonung einer legitimierenden Idee zur Begründung von Herrschaft lässt sich theorieschulenübergreifend beobachten. Im der deliberativen politischen Theorie wird unter dem Begriff der Herrschaft ein Komplex von Normen und Werten verstanden, »mit denen die Grundstruktur einer Gesellschaft (beziehungsweise die Struktur inter- bzw. supra- oder transnationaler Verhältnisse) legitimiert wird, namentlich die Ausübung politischer Autorität und die Verteilung von elementaren Lebens- und Grundgütern«.<sup>97</sup> Normative Ordnungen ruhen auf basalen Rechtfertigungsmustern auf und haben damit zwar zuerst einmal (lediglich) ideellen Charakter. Da sie gleichzeitig aber in konkrete institutionelle, ökonomische und politische Kontexte eingebettet sind, haben sie einen faktisch verbindlichen Charakter, der es erlaubt, sie als wirkungsmächtigen Kern eines Herrschaftsverhältnisses zu verstehen. Es gibt so gesehen nicht nur eine Rechtfertigung der Macht, sondern eben auch eine »Macht der Rechtfertigungen«.<sup>98</sup> Diese Macht resultiert daraus, dass Herrschaft letztlich nur dann auf freiwillige Anerkennung stößt, wenn sie sich in eine Sprache kleidet, die von ihren Adressaten als legitim anerkannt wird. Die enge Verknüpfung zwischen politischen Ordnungen und den sie rechtfertigenden normativen und kulturellen Begründungsmustern lässt sich auch empirisch beobachten: Politische Ordnungen haben historisch immer auf legitimierenden religiösen oder säkularen normativen Konzeptionen aufgebaut. Der Absolutismus etwa war niemals nur die Behauptung eines umfassenden Gestaltungswillens seitens des Herrschers, sondern basierte auf den Ideen von Jean Bodin, Thomas Hobbes und Hugo Grotius zur Begründung der Notwendigkeit einer unumschränkten Machtposition. Nur der absolute Herrscher kann demzufolge eine gerechte Ordnung begründen, da nur er den Frieden zwischen den Menschen zu garantieren in der Lage ist. Ganz ähnlich tritt auch der Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts nicht als reine

Vorherrschaft der ökonomischen Interessen des Bürgertums auf, sondern rechtfertigt diese im Rahmen einer umfassenden Theorie der gut eingerichteten Gesellschaft. Individuelle Grundrechte einschließlich des Rechts auf Eigentum werden bei John Locke als unhintergehbare Vorbedingung der gerechten Gesellschaft behandelt. Selbst die antiken politischen Ordnungen Athens und Roms rechtfertigten die Versklavung von Hunderttausenden von Menschen nicht als bloßes Recht der Macht, sondern bemühten anspruchsvolle Argumente. Aristoteles etwa sprach den »Barbaren« grundsätzlich die Fähigkeit ab, einen anspruchsvollen Begriff von freiem Menschsein zu entwickeln und stellte sie damit allesamt auf die Stufe von Sklaven.<sup>99</sup> Diese seien als nicht mehr denn als ein »beseeltes Werkzeug«<sup>100</sup> zu verstehen, weswegen die Sklaverei als Institution »nützlich und gerecht«<sup>101</sup> sei. Wenn wir dieses Denken gesellschaftlicher Ordnung als auf einer komplexen Hegemonie von Produktionsweise, kulturellen Werte und konkreter Herrschaftsform aufgebaut verstehen, dann wird schnell deutlich, weswegen auch aus heutiger Sicht skandalöse Zustände lange Zeit überdauern können. Die Überlegungen Gramscis sind grundbegrifflich ganz offensichtlich gut geeignet, um die herrschaftskritische Analyse europäischen Regierens anzuleiten. Im Gegensatz zu staatszentrierten Herrschaftsverständnissen bleiben sie nicht bei der dichotomen Unterscheidung zwischen Staat und Anarchie stehen, sondern erlauben es, nationale, internationale und supranationale Ordnungen übergreifend zu analysieren. Es ist damit ein Begriffsverständnis, das anschlussfähig an die empirische Erkenntnis ist, dass es eine fundamentale Ähnlichkeit zwischen den Mechanismen politischer Herrschaft auf unterschiedlichen Ebenen gibt.

Politische Herrschaft lässt sich jetzt als eine legitimationsbasierte staatliche oder nichtstaatliche Ordnung verstehen, die a) autoritative Regelungen formuliert und b) mit Sanktionspotential versieht. Beide Attribute sind wichtig: Autorität bringt sich in der Anerkennung der Legitimität von Regelautoren durch Regeladressaten zum Ausdruck. Und ein hinreichend hohes Sanktionspotential gibt gleichzeitig Regeladressaten eine Gewähr dafür, dass Regeln von allen Adressaten mit hinreichend hoher Wahrscheinlichkeit einhalten werden. Autorität und Sanktion sind daher zwei Seite einer (Herrschafts-)Medaille. Die Gruppe von Fällen, um die es hier im Folgenden geht, zeichnet sich dann durch zwei definierende Merkmale aus: (a) eine Autorität, die in der Lage ist, Regelungen mit dem Anspruch auf Befolgung zu formulieren

und die (b) einen spezifischen Sanktionsmodus zur Beförderung von Regelbefolgung einsetzt. Beide Bedingungen sind von definierender Bedeutung für das Vorliegen von Herrschaft. Ein derartiges Herrschaftsverständnis setzt sich mit den beiden Bedingungen der Autorität und der Sanktion bewusst von eher unspezifischen strukturalistischen Herrschaftsverständnissen wie etwa der Idee einer Herrschaft der Vernunft oder der technischen Rationalität ab. Beide Begriffe unterstellen zwar richtigerweise, dass gesellschaftliche Akteure sich oftmals bereits deswegen im Einklang mit bestimmten Regelungen und Normen verhalten, weil sie entsprechend sozialisiert wurden oder in einer Ordnung leben, in der Alternativen unbekannt oder tabuisiert sind. Beide Fälle beschreiben aber letztlich eher ideelle als politische Ordnungen und beanspruchen keine direkte Befolgung. Ob wir uns vernünftig verhalten und technische Instrumente verwenden, ist uns letztlich freigestellt und wird von keiner zentralen oder dezentralen Instanz durchgesetzt. In beiden Fällen handelt es sich daher zwar durchaus um normative Ordnungen, aber eben nicht um Fälle politischer Herrschaft. Die Gruppe hier relevanter Fälle lässt sich damit als Summe aller autoritativen Regelsysteme bezeichnen, die sich durch einen Modus der Durchsetzung ihrer Regelungen auszeichnen.

Im Folgenden werden vier Fälle verfallender Herrschaftsordnungen beschrieben. Diese vier Fälle wurden bewusst so ausgewählt, dass sie ein möglichst breites Spektrum von Ausprägungen politischer Herrschaft abdecken. Ausgesucht wurden entsprechend zwei Fälle mit einer zentralen (»monarchischen«) Autorität und zwei Fälle mit einer dezentralen (»polyarchischen«) Autorität sowie zwei Fälle, in denen die Sanktionskompetenz zentral (»monarchisch«) bzw. dezentral (»polyarchisch«) strukturiert ist. Beispiele für monarchische Autoritätsstrukturen stellen alle Herrschaftsordnungen dar, in denen die zentrale Entscheidungsgewalt in einer Person konzentriert ist. Polyarchische Autoritätsstrukturen finden sich in allen Ordnungen, in denen die Kompetenz zur Formulierung von Regelungen zwischen verschiedenen Institutionen aufgeteilt ist. Hierzu gehören Demokratien oder auch verhandlungsbasierte internationale oder regionale politische Herrschaftsordnungen. Genauso lassen sich Herrschaftsordnungen danach unterscheiden, ob sie monarchische oder polyarchische Sanktionsstrukturen aufweisen. Monarchische Sanktionsstrukturen finden sich überall dort, wo eine Institution über das Gewaltmonopol verfügt und autonom in der Lage ist, Regelungen durchzusetzen, während polyarchische Sanktionsstrukturen in

Kontexten vorzufinden sind, in denen diese Kompetenz umstritten oder auf verschiedene Institutionen aufgeteilt ist.

Die grundlegende Idee dieser hohen Varianz im Hinblick auf die ausgewählten Fälle beinhaltet, dass jedes Modell politischen Verfalls, dass sich an diesen vier so unterschiedlichen Strukturen gleichermaßen beweisen kann, zumindest eine gewisse Wahrscheinlichkeit hat, sich auch sinnvoll auf die EU übertragen zu lassen.<sup>102</sup> Wenn sich das oben formulierte Stufenmodell in allen diesen so unterschiedlich gelagerten Fällen als hilfreich zur Rekonstruktion politischen Verfalls erweist und wenn es ein Muster analog ablaufender Prozesse abbildet, so die hier zugrunde gelegte methodologische Annahme, dann gibt es zumindest einen guten Grund, es auch für die Analyse der EU in Betracht zu ziehen. Gleichzeitig erlaubt die Varianz der beiden Variablen Autorität und Sanktion Aussagen über deren Relevanz für das Auftreten pathologischen Lernens abzuleiten. Es lassen sich damit Einsichten erwarten, ob und inwiefern eine höhere Konzentration von politischer Willensbildung im politischen Zentrum und einer monarchischen Herrschaftsstruktur tatsächlich zu einem ausgeprägteren Muster pathologischen Lernens führt. Grundsätzlich, und hier ergibt sich die zentrale forschungsleitende Hypothese, sollte pathologisches Lernen dort besonders stark ausgeprägt sein, wo sowohl Autorität als auch Sanktion monarchisch strukturiert sind, während pathologisches Lernen dort eher schwach ausgeprägt sein sollte, wo beide Variablen polyarchisch strukturiert sind. Die zentrale Hypothese lautet damit, dass zentralisierte Macht ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung pathologischen Lernens ist.

Um ein möglichst heterogenes Set an Untersuchungsfällen zu erhalten, wurden mit der späten römischen Republik der letzten zwei Jahrhunderte vor der Jahrtausendwende, der katholischen Hegemonie des späten 15. und frühen 16. Jahrhundert, dem späten Ancien Régime des 18. Jahrhundert und dem europäischen Staatensystem des frühen 20. Jahrhunderts sehr unterschiedliche Beispiele pathologischen Lernens näher untersucht. In allen vier Fällen traf ein sozialer Konflikt auf eine weitgehend lernresistente Herrschaftsordnung und stellte diese grundlegend in Frage. Alle vier historischen Konflikte beschreiben einen Übergang vom Routine- in den Problemmodus und von hier aus in den Konfliktmodus. Alle vier Fälle beschreiben einen Prozess pathologischen Lernens einer politischen Ordnung, der letztlich zum Zusammenbruch der jeweiligen Herrschaftsordnung geführt hat. Die

römische Republik und die katholische Hegemonie gingen in einem jeweils ca. hundertjährigen Bürgerkrieg unter, das Ancien Régime starb unter der Guillotine der Französischen Revolution und das europäische System souveräner Staaten ging mit den wirtschaftspolitischen Alleingängen der USA und Großbritanniens und den Aggressionen Japans, Italiens und Deutschlands in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts unter.

*Tabelle: Repräsentative Fälle politischer Herrschaft*

		Autorität	
		Monarchisch	Polyarchisch
Sanktion	Monarchisch	(1) Frz. Ancien Régime (18. Jh.)	(2) Römische Republik (2./1. Jh. v. Chr.)
	Polyarchisch	(3) Katholische Hegemonie (15./16. Jh.)	(4) Europäisches Staatsystem (19./20. Jh.)

Das späte Ancien Régime des 18. Jahrhunderts in Frankreich ist eine Herrschaftsordnung gewesen, die eine monarchische Autoritätsstruktur mit einer monarchischen Sanktionsstruktur verband und damit ein Beispiel für eine vergleichsweise hoch konzentrierte Machtstruktur darstellt. Mit der Durchsetzung des absolutistischen Herrschaftsanspruches gegenüber dem Schwertadel und seiner Zentralisierung in Versailles, der weitgehenden Ablösung der französischen katholischen Kirche aus den Herrschaftsansprüchen des Vatikans und den Hugenottenkriegen des 17. Jahrhunderts hatte sich die französische Krone vorerst gegen alle möglichen Konkurrenten um die Willensbildung im Staat durchsetzen können. Der Absolutismus war zwar immer mehr Anspruch als Wirklichkeit, zeigte gleichzeitig aber auch bereits deutliche Spuren von moderner Staatlichkeit. Den politischen Anspruch der Obersten Gerichtshöfe (Parlamente) auf Mitsprache bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Erlässen konnte der König in letzter Konsequenz durch seine persönliche Anwesenheit (lit de justice) außer Kraft setzen.

Auch die Durchsetzung königlicher Erlässe in den Provinzen war zumindest formal dadurch hochgradig zentralisiert, dass der Amtsadel dem König gegenüber rechenschaftspflichtig war. Die Unterscheidung zwischen den drei Komponenten des politischen Prozesses, Zentrum, Peripherie und Intermediäre, lässt sich hier gut anwenden. Das politische Zentrum wurde vom König und dem Schwertadel gestellt, während die politische Peripherie aus der Masse der Bevölkerung und damit dem Kleinbürgertum und den Bauern gestellt wurde. Die Parlamente, der Amtsadel und das Großbürgertum sind der Gruppe der Intermediären zuzuordnen.

Die römische Republik ist ein Beispiel für eine Kombination aus polyarchischer Autorität und monarchischer Sanktionsgewalt. Ihre wesentlichen politischen Institutionen waren der Senat sowie die Volksversammlung und die Magistraten, die ein spannungsreiches politisches System bildeten, in dem keine der drei Seiten ohne oder gegen die andere regieren konnte. Die gegenseitige Kontrolle, die Institute der doppelten Besetzung wichtiger Ämter und das Annuitätsprinzip gewährleisteten, dass die Autorität im Staat polyarchisch verteilt war. Im Gegensatz hierzu war die Struktur der Sanktionsgewalt mit dem Konsul und der Magistratur als vollziehenden Organen sowohl gegenüber den Provinzen als auch den römischen Bürgern monarchisch strukturiert. In der Durchsetzung von Regelungen hatten weder der Senat noch die Volksversammlung, sondern in letzter Konsequenz die beiden Konsuln das letzte Wort. Sie verfügten als einzige über das Recht zur Truppenführung und zur Verhängung von Kapitalstrafen über römische Bürger. Die Peripherie des politischen Systems stellte die große Masse der römischen Bürger unter Einschluss der einfachen Soldaten dar, während die Provinzen des Reichs hier als außerhalb des politischen Systems stehend betrachtet werden. Die Volksversammlung sowie das tief in der Gesellschaft verwurzelte Patronagesystem bildeten die wichtigsten intermediären Strukturen zwischen Zentrum und Peripherie. Hier wurden die Anliegen der Bürger artikuliert und trafen auf Kommunikationskanäle, die mit dem politischen Zentrum verbunden waren.

Die katholische Hegemonie der Renaissance stellt ein geradezu idealtypisches Gegenbeispiel zur römischen Republik dar. Sie basierte auf einer monarchischen Form der Autorität mit dem Papst an der Spitze. Die Kardinäle waren spätestens seit den gescheiterten Reformsynoden des 15. Jahrhunderts als konkurrierender Machtfaktor weitgehend

ausgeschaltet. Vollständig anders strukturiert war hingegen die Sanktionsgewalt der Kirche. Die Borgia-Päpste unterhielten zwar auch Heere, die sie sogar für die Eroberung fremder Territorien einsetzen, verfügten aber zu keinem Zeitpunkt über hinreichende militärische Zwangsmittel, um etwa den deutschen Kaiser zu einer Handlung nötigen zu können. Die Durchsetzung ihrer Herrschaftsdekrete im Deutschen Reich war vielmehr auf eine enge Kooperation mit der säkularen Gewalt angewiesen und versagte dort, wo diese sich ihr offen widersetzte. Sanktionierungen von deviantem Verhalten mussten sich auf die Durchsetzung seitens weltlicher Herrscher verlassen. Die katholische Hegemonie stellt insofern einen ungewöhnlichen Fall politischer Herrschaft dar, als sie formal dem Bereich des Glaubens und nicht der Ausübung öffentlicher Gewalt zugehört. Im Rahmen des hier verfolgten Verständnisses politischer Herrschaft als jeder Form der autoritativen und mit Sanktionsgewalt ausgestatteten Allokation von materiellen oder immateriellen Werten, fällt sie allerdings durchaus in die relevante Gruppe. Die Kirche nutzte ihre Legitimität, um Gelder einzusammeln und um ihren Angehörigen Verhaltensweisen vorzuschreiben sowie Abweichungen hiervon zu sanktionieren. Sie ist insofern durchaus als eine Form der politischen Herrschaft zu verstehen. Das politische Zentrum wurde in dieser Herrschaftsordnung vom Papst und der römischen Kurie sowie den Bischöfen und Kardinälen als den wichtigsten Regelautoren gebildet, während die regeladressierte Peripherie von der Masse der Gläubigen gebildet wurde. Zwischen beiden Ebenen sind die Klöster und die reformatorischen Priester als Intermediäre zu verorten, wobei hier die Zuordnungen nicht immer einfach zu treffen sind und im Einzelfall der Qualifizierung bedürfen. Genauso wie es Klöster gab, die auch im 16. Jh. offen für eine ernstgenommene Seelsorge blieben, finden sich andere, die als reine Wirtschaftsbetriebe geführt und alle seelsorgerischen Dienste auf ein Minimum reduziert hatten. Das gleiche gilt für einzelne Bischöfe, die sich in zunehmender Opposition zur Kurie befanden und sich immer weiter aus dem Zentrum entfernten.

Hier findet sich denn auch eine strukturelle Gemeinsamkeit mit dem internationalen System des frühen 20. Jahrhunderts. Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen einem anarchischen Staatensystem und einer religiösen und transnationale Geltung beanspruchenden Ordnung, verbindet die beiden Herrschaftsformen die Gemeinsamkeit, dass sie über keine zentrale Sanktionsgewalt verfügten. Die Durchsetzung von Regelungen war in beiden Fällen durch dezentrale Instanzen

zu organisieren. Internationale Übereinkünfte mussten sich darauf verlassen, dass sie von einzelnen Vertragsparteien exekutiert wurden und blieben dann ohnmächtig, wenn sich hierzu kein Staat bereitfand. Der strukturelle Unterschied zwischen beiden Herrschaftsordnungen ist allerdings fast noch offensichtlicher. Das europäische Staatensystem kannte keine zentrale Autorität, geschweige denn einen Weltpräsidenten. Der Völkerbund blieb über die Zeit seines Bestehens politisch schwach und fungierte zu keinem Zeitpunkt als ein Ort der Setzung und Durchsetzung wichtiger Regelungen für die Stabilisierung der internationalen Beziehungen. Jede Regelung und jeder Vertrag musste mühselig zwischen den Parteien ausgehandelt werden und setzte immer voraus, dass sich hinreichend machtvolle Instanzen für ihre Durchsetzung fanden. Bei aller Unterschiedlichkeit in der institutionellen Ausgestaltung liegt hier denn auch eine Gemeinsamkeit zur römischen Republik vor. Autoritativ konnten nur solche Regelungen auftreten, die in einem politischen Prozess zwischen mehreren machtvollen Instanzen ausgehandelt worden waren. Das politische Zentrum war in dieser internationalen Herrschaftsordnung von den wichtigsten Staaten besetzt, wobei hier vor allem Frankreich, Großbritannien und insbesondere die USA maßgeblich waren. An der Peripherie stand hingegen die deutsche Gesellschaft, die über den Zwang der Reparationen und die desaströse wirtschaftliche Lage den Status eines Empfängers von Regelungen ohne wirkliche Mitspracherechte innehatte. Intermediäre lassen sich in dieser Herrschaftsordnung nur wenige finden. Wenn, dann kommt diese Rolle am ehesten den verschiedenen deutschen Regierungen der Zwischenkriegszeit zu, die mit der schwierigen Aufgabe der Vermittlung zwischen den Anforderungen der Siegermächte und den Regelungsanliegen der deutschen Gesellschaft zu kämpfen hatten.

Die Unterschiede zwischen den vier Fällen sind trotz ihrer strukturellen Gemeinsamkeit als Beispielen von pathologischem Lernen in Herrschaftsordnungen offensichtlich groß. Während die römische Republik einen frühen Versuch der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Ausübung politischer Herrschaft darstellte, zielten die katholische Hegemonie und das französische Ancien Régime auf genau deren Ausgrenzung ab. Das europäische Staatensystem der Zwischenkriegszeit kannte sowohl ausgebildete Demokratien als auch faschistische Regime, war in seiner politischen Grundordnung aber auf ein Politikmonopol der Exekutiven ausgerichtet. Die römische Republik hing

einem vorchristlichen Glauben und einer entsprechend vorchristlichen Ethik an, während alle anderen drei Fällen zumindest formal fest auf dem Boden des christlichen Glaubens standen. Zwischen zentralen und die jeweilige Zeit prägenden Personen wie Tiberius Gracchus, Martin Luther, Robespierre und Adolf Hitler liegen zweifellos ebenfalls Welten. Gracchus war ein Sozialrevolutionär, Luther ein reformatorischer Prediger, Robespierre ein revolutionärer Politiker und Hitler ein faschistischer Diktator. Während die römische Republik in einem Bürgerkrieg unterging, wurde das Ende der katholischen Hegemonie in einem Religionskrieg besiegelt. In Frankreich mündete der Verfallsprozess in die Revolution und das europäische Staatensystem ging in einem Weltkrieg unter. Auch die Dauer der vier Herrschaftsordnungen variiert stark. Die römische Republik existierte in ihrer voll ausgeprägten Form zumindest ca. 250 Jahre vom Ende der Ständekämpfe im 3. Jahrhundert v. Chr. bis zur Ernennung Cäsars zum Imperator auf Lebenszeit im Jahr 44 v. Chr. Die katholische Hegemonie überdauerte einen mehr als doppelt so langen Zeitraum und lässt sich grob von der karolingischen Renaissance um 800 bis zum Beginn der Reformation im frühen 16. Jahrhundert spannen. Das Ancien Régime lässt sich mit der Durchsetzung des innerstaatlichen Gewaltmonopols in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts unter Heinrich IV. beginnen und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts und der französischen Revolution ziehen. Ein nochmal fast doppelt so langer Zeitraum lässt sich für das europäische Staatensystem anlegen, dessen Beginn in seiner modernen und souveränitätszentrierten Form gewöhnlich mit dem Westfälischen Frieden 1648 gesetzt wird und das in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges fast dreihundert Jahre später unterging.

Die Aufzählung von Unterschiedlichkeiten ließe sich noch endlos fortsetzen. Sie macht den Vergleich sicherlich etwas ungewöhnlich, da man meinen könnte, hier würden grundverschiedene Dinge miteinander verglichen. Varianz und Unterschiedlichkeit sind allerdings kein Hinderungsgrund für einen sinnvollen Vergleich, wenn sich die Untersuchungsfälle in einer definierenden Gemeinsamkeit treffen, die sie zu Fällen einer gemeinsamen Gruppe machen. Diese gemeinsame Gruppe wird hier dadurch konstituiert, dass es sich bei allen vier Fällen um Formen politischer Herrschaft und jeweils spezifischer Ausprägungen von Autorität und Sanktion sowie ausgeprägter Prozesse pathologischen Lernens handelt. Ihre Untersuchung dient dem Zweck, vor dem Hintergrund der theoretisch abgeleiteten Mutmaßungen des

Stufenmodells nach einem generellen Muster politischen Verfalls und seiner wesentlichen Einflussfaktoren zu suchen. Es geht darum zu erkennen, wie und unter welchen Bedingungen unterschiedlichste Formen politischer Herrschaft die Fähigkeit verlieren, ihre grundlegenden Organisationsprinzipien aufrecht zu erhalten. Maximale Varianz im Hinblick auf den historischen, politisch-kulturellen und institutionellen Kontext ist hier eine wesentliche Bedingung für die Generierung von Aussagen, die für möglichst viele weitere Fälle der Gruppe politischer Herrschaftsordnungen gelten.

Neben diesen grundlegenden methodologischen Überlegungen spricht auch die Attraktivität der Fälle selbst für ihre Auswahl. Sie stehen für grundlegende Umbrüche in der europäischen Geschichte. Der Untergang der Römischen Republik steht für das Ende eines fast fünf Jahrhunderte währenden Versuches, die Idee der politischen Gemeinschaft mit demokratischem Leben zu füllen. Die athenischen Reformen des Kleisthenes um 508/7 v. Chr. hatten eine ganze Welle von lokalen Versuchen eingeleitet, autokratische Herrschaftsformen zu überwinden und erste Schritte auf dem Weg zur Demokratie umzusetzen. In Rom begannen anti-autokratische Reformen fast zeitgleich mit der Vertreibung des letzten Königs von Rom 509 v. Chr. Die folgenden Jahrhunderte waren in Rom von immer wieder aufflammenden Ständekämpfen zwischen den adeligen Patriziern und den Plebejern gekennzeichnet, die erst im dritten Jahrhundert vor der Jahrtausendwende mit der römischen Republik ihre vorläufige Befriedung fanden. Mit der Ernennung von Augustus im Jahr 31 v. Chr. zum Kaiser auf Lebenszeit ging diese Phase zu Ende. Die römische Republik war an der Herausforderung gescheitert, mit den tiefgreifenden sozialen und ökonomischen Veränderungen des 2. Jahrhundert v. Chr. umzugehen und ihre soziale und ökonomische Herrschaftsordnung mit einem neuen Konsens zu versehen. Eine strukturkonservative Herrschaftsordnung ließ soziale Fliehkräfte in einem Ausmaß zu, das letztlich den politischen Konsens sprengte. Der Bürgerkrieg war die fast logische Konsequenz. Die nächsten 1500 Jahre europäischer Geschichte sollten dem Autoritarismus und dem Glauben an unumschränkte weltliche und geistliche Herrschaft gehören. Erst mit der einsetzenden Renaissance im 15. Jahrhundert und der sich ausbreitenden neuen Intellektualität wurde dieser Glaube nachhaltig erschüttert.

Die beginnende Renaissance und der verbreitete Einsatz des Buchdrucks führten Europa aus den dunklen Jahrhunderten des Mittelalters

und läuteten eine neue Phase der kritischen Auseinandersetzung mit weltlicher und kirchlicher Herrschaft ein. Diese neue Offenheit im Denken traf auf eine katholische Kirche, die sich in den letzten tausend Jahren nicht nur eng mit der weltlichen Herrschaft verknüpft, sondern gleichzeitig auch eine institutionelle Ordnung aufgebaut hatte, die allgerigisch auf alle Reformforderungen reagierte. Die folgenden sozialen, politischen und theologischen Auseinandersetzungen zerstörten die hegemoniale Rolle der katholischen Kirche in Europa und bereiteten den Boden für eine lange Phase der Religionskriege. Erst hundert Jahre später, mit dem Westfälischen Frieden von 1648 und einer neuen nationalstaatlichen Herrschaftsordnung, sollten diese Auseinandersetzungen zum Abschluss kommen.

Im absolutistischen Frankreich des 17. und 18. Jahrhunderts kam die neue staatliche Herrschaftsordnung schon frühzeitig zu voller Ausprägung. Der absolutistische Staat wurde aus den Wirrungen der französischen Religionskriege geboren und leitete aus seiner Fähigkeit zur Befriedung der Gesellschaft einen umfassenden und unbeschränkten Herrschaftsanspruch ab. Mit zunehmender Selbstverständlichkeit des inneren Friedens wurde dieser absolutistische Anspruch allerdings unplausibel. Die Religionskriege waren lange vorbei und der sich noch immer absolutistisch gerierende Staat sah sich mit wachsenden Forderungen nach Öffnung für die Kräfte des entstehenden Bürgertums konfrontiert. Der Absolutismus hatte sich selbst überwunden. Als die französischen Könige sich dieser Einsicht konsequent verweigerten und auf einer historisch überholten Legitimation und Herrschaftsausübung bestanden, wurde der Absolutismus genauso wie vor ihm die römische Republik und dann die katholische Kirche von den revolutionär gewordenen Reformkräften beiseite gedrängt. Die Französische Revolution von 1789 steht daher nicht nur für den Siegeszug der Menschenrechte, sondern ebenso sehr für die Vergeblichkeit, eine Herrschaftsordnung langfristig gegen gesellschaftlich eingeforderte Reformen abzuschotzen.

Das europäische Staatensystem des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts schließt hier direkt an. Es baute auf den Staatswerdungsprozessen des 17. bis 19. Jahrhunderts in Europa und Nordamerika auf und stellte einen ersten Versuch dar, mit den entstehenden wechselseitigen Abhängigkeiten umzugehen. Die Regierungen mussten dabei allerdings noch ohne starke internationale Institutionen, internationale Gerichtshöfe und internationales Recht auskommen. Es war eine Welt

der internationalen Anarchie, der Nationalismen und des unvermittelten Nebeneinanders von Innen- und Außenpolitik. Außenpolitik war das Primat der Regierungen, befasste sich wesentlich mit Fragen der Sicherheitspolitik und war damit kategorial von der Innenpolitik unterschieden. Quer durch die Jahrhunderte zieht sich eine Geschichte der Konflikte und Konfrontationen, die mit den Spannungen der Zwischenkriegszeit und der letztlichen Zerstörung der Herrschaftsordnung durch die faschistischen Mächte Deutschland, Italien und Japan ihr Ende fand. Erst mit dem Aufbau eines stabilen internationalen Institutionengebäudes, der Verfassung von Interdependenz im Rahmen der Bretton Woods Institutionen und der makroökonomischen Koordinierung im Rahmen der G7 sowie dem europäischen Integrationsprojekt sollte diese Konfliktivität in eine neue Herrschaftsordnung überführt werden, in der internationale und innerstaatliche Rationalitäten miteinander vereinbart werden konnten.

Die folgenden vier Kapitel befassen sich detailliert mit diesen vier Fällen historischen politischen Verfalls und dem Übergang vom Routine- in den Problemmodus und von hier aus in den Konfliktmodus. Sie beschreiben, wie die vier Herrschaftsordnungen mit sozialen Herausforderungen konfrontiert wurden, wie pathologisches Lernen, mangelhafte institutionelle Responsivität und unterbrochene kommunikative Rückkopplungen zur Radikalisierung führten und wie übermäßige Machtkonzentration im politischen Zentrum die jeweilige Herrschaftsordnung in eine fundamentale Legitimationskrise führte. In allen vier Fällen wurde die bestehende Herrschaftsordnung hiervon letztlich zerrieben. Es ist in allen vier Fällen faszinierend und gleichzeitig ernüchternd zu beobachten, wie sich über sehr unterschiedlich gelagerte Fälle das gleiche Muster pathologischen Lernens wiederholt.

Die im letzten Kapitel entwickelten theoretischen Konzepte dienen hierbei als Heuristik zur Rekonstruktion pathologischen Lernens. Sie werden damit gleichzeitig indirekt einem Test ihres analytischen Nutzens unterzogen und darauf untersucht, ob sie eine übergreifende Sicht auf den Verfall von Herrschaftsordnungen unabhängig von der Struktur von Autorität und Sanktion erlauben. Die Ausführungen sind damit gleichzeitig ambitioniert und bescheiden. Sie sind insofern ambitioniert als sie einen Vergleich pathologischen Lernens in unterschiedlichsten Ausprägungen politischer Herrschaft durchführen. Sie sind gleichzeitig aber auch bescheiden, weil sie sich darauf beschränken, die historische Realität in den entwickelten Begrifflichkeiten zu

rekonstruieren und damit den Nutzen des Modells für das Verständnis pathologischen Lernens in Herrschaftsordnungen zu plausibilisieren. Nicht der empirische Beweis, sondern die Plausibilisierung der Analytik und ihre Überführung in generelle Einsichten mit Relevanz für unterschiedliche Herrschaftsordnungen ist damit die Absicht der historischen Rekonstruktionen.

#### 4.1 Politikwissenschaftliche Geschichtsinterpretation

Die hier verfolgte Methode basiert auf der Idee, dass die Geschichte sich zwar nicht wiederholt, dass sie aber durchaus erkennbare und sich wiederholende Muster kennt. Es ist natürlich richtig und bleibt von allen folgenden Ausführungen vollkommen unbelassen, dass jede Zeit ihre eigene Konfiguration politischer Kräfte, kultureller Prägungen und bestimmender Ideen aufweist. Geschichte verstehen kann daher niemals bedeuten, einfach eine simple Schablone über die Vergangenheit zu legen und von allen historischen Besonderheiten zu abstrahieren. Geschichte verstehen darf allerdings auch nicht als Aufgabe missverstanden werden, das große Ganze in der Summe der historischen Besonderheiten aus dem Auge zu verlieren. Die Geschichte hält eine ganze Reihe von Lehren und Einsichten bereit, die durchaus epochenübergreifende Relevanz haben. Die an der Beobachtung des peloponnesischen Krieges geschulte Einsicht des antiken griechischen Historikers Thukydides, dass der »Starke tut was er kann und der Schwache erleidet, was er muss«<sup>103</sup> ist sicherlich auch heute noch relevant für das Verständnis internationaler Politik. Ganz Ähnliches gilt für die Einsichten, dass ungehinderte Rüstungswettläufe leicht zu Kriegen führen<sup>104</sup> oder dass Demokratien untereinander weitgehend friedlich sind während sie offensichtlich keine Scheu haben, nicht-demokratische Staaten zu bekriegen<sup>105</sup>. Gesellschaftspolitisch relevante Geschichtsinterpretation muss für beides offen sein, für die historischen Spezifika und für ihre Inbezugsetzung zu den großen Fragen der Gegenwart. Es geht somit darum, eine vernünftige Balance aus allgemeinen Prozessen und historischen Spezifika zu finden, die sowohl die erzählten Zeiten lebendig und plausibel werden lässt als auch den roten Faden nicht außer Auge verliert.

Das Denken in historischen Mustern ist für die moderne Gesellschaftswissenschaft gleichwohl eher ungewöhnlich. Autoren wie Georg Simmel, Émile Durkheim und Max Weber hatten schon im frühen

20. Jahrhundert einen umfassenden Prozess der Rationalisierung am Werk gesehen. Dieser setze sich historisch immer weiter durch und verdränge andere Begründungsweisen wie Tradition oder Autorität. Mythos und Magie würden an Relevanz verlieren und von einer Welt-sicht der kognitiven Beherrschbarkeit abgelöst. Dieser Prozess kenne grundsätzlich nur eine Richtung, sei praktisch unumkehrbar und laufe mit beinahe naturgesetzlicher Notwendigkeit ab.<sup>106</sup> Francis Fukuyama zufolge haben wir mit der Ausbildung liberaler marktwirtschaftlicher Demokratien ein »Ende der Geschichte« erreicht, von dem aus es nur noch temporäre Rückentwicklungen, aber keine Weiterentwicklung zu einer grundlegend anderen politischen Ordnungsform mehr geben kann.<sup>107</sup> Die Demokratie verwirkliche Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen zu einem Ausmaß, wie es von keiner anderen denkbaren Regierungsform erreicht werde. Die Menschheitsentwicklung habe also ein Plateau erreicht, von dem aus es nur noch zurück gehen könne. Wenn aber der Mensch grundsätzlich Vergangenes und die hier aufgehobenen Lehren nicht vergessen würde, dann könnten derartige Rückentwicklungen auch immer nur temporären Charakter haben, bis die Vernunft und damit die Wiederherstellung des demokratischen Zustandes einträte. Ganz ähnlich argumentierte schon Friedrich Hayek fünfzig Jahre vorher, dass die Demokratie eine »spontane Ordnung« sei, die sich immer dann ausbilde, wenn man die Menschen nur einfach machen lasse.<sup>108</sup> Genauso wie der Markt stelle die Demokratie einen quasi natürlichen Zustand dar, der unabhängig von spezifischen Kulturen und Traditionen in jedem Staat einen Zielpunkt der Entwicklung markiere. Bei Hayek gibt es daher genauso wie bei Fukuyama keine wirkliche Alternative zu einer liberalen Herrschaftsordnung, sondern nur Rückfälle in vergangene Fehler. Und noch einmal zweihundert Jahre früher argumentierte schon Immanuel Kant, dass die Idee der Vernunft zwangsläufig auf eine demokratische (in seinen Worten: republikanische) Einrichtung der öffentlichen Ordnung weise und dass jede nicht-demokratische Ordnung im Widerspruch hierzu stünde.<sup>109</sup> Wenn wir diesen Autoren Glauben schenken, dann können wir uns eigentlich entspannt zurücklehnen. Jede Krise der bestehenden liberal-demokratischen Herrschaftsordnung kann dann nur temporären Charakter haben. Langfristig gesehen gibt es zu ihr keine vernünftige Alternative und alle andersläufigen Entwicklungen können nichts als vorübergehende Dissonanzen bleiben. Von Kant über Hayek bis zu Fukuyama gibt es also viel Grund zur Zuversicht und zu der Annahme, dass wir relativ

frohgemut abwarten können, bis der populistische Unsinn irgendwann zu Ende geht und die Vernunft wieder das Ruder übernimmt.

Unglücklicherweise stehen dem fortschrittsoptimistischen Denken der Moderne eine Reihe skeptischerer Reflexionen entgegen. Der berühmte »Weltgeist« Hegels, demzufolge die historische Entwicklung menschlicher Vergesellschaftung eine hin zu immer besseren Herrschaftsordnungen ist,<sup>110</sup> entfaltet sich unglücklicherweise nicht reibungslos. Schmerzhaft Erfahrungen und Lehren gehörten schon bei Hegel zum Fortschritt dazu. Kriege, Bürgerkriege und Rückfälle in die politische Barbarei sind mit dem Weltgeist durchaus vereinbar. Noch sehr viel skeptischer ist die Vorstellung historischer Abläufe bei Autoren, die ein zyklisches Geschichtsverständnis vertreten. Der griechische Philosoph Polybios argumentierte im 2. Jahrhundert v. Chr., dass es eine zwangsläufige Abfolge von wiederkehrenden Herrschaftsformen gäbe. Alle Verfassungen degenerierten über die Zeit und würden unter dem Einfluss zunehmenden Eigennutzes der herrschenden Eliten zwangsläufig in illegitime Staatsformen abdriften. Auf die Monarchie folge stets ihre Verfallsform der Tyrannis, die wiederum von der Aristokratie abgelöst werde. Die Aristokratie verkomme zu einer Oligarchie, die dann von einer Demokratie abgelöst werde. Auch die Demokratie halte aber nicht ewig. Mit der Zeit würden die Bürger die Notwendigkeit vergessen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und ausschließlich ihre partikularen Interessen verfolgen. Dann werde aus der Demokratie die Ochlokratie, in der eine Mehrheit eine Minderheit so lange beherrsche, bis diese sich wehrt und neue Unruhen ausbrächen. Von hier sei es wieder nur ein kurzer Schritt zu einer Monarchie, mit der dann der ganze Kreislauf wieder von vorne beginne.<sup>111</sup>

Diese Idee einer zwangsläufigen Zyklizität von Herrschaftsordnungen zieht sich quer durch die ganze Antike, wird in der Renaissance von Machiavelli wieder aufgegriffen und von so unterschiedlichen Autoren wie Pareto und Spengler fortgeführt. Nach Machiavelli geht es in der Politik nicht darum, eine ideale Staatsform für die Entwicklung der perfekten Gesellschaft zu finden, sondern lediglich darum, den letztlich unvermeidbaren Niedergang der guten Staatsform durch eine vernünftige Mischung aus demokratischen und monarchischen Elementen aufzuhalten.<sup>112</sup> Pareto zufolge gibt es einen »Kreislauf der Eliten«, in dem sich miteinander um die Macht im Staat konkurrierende Gruppen gegenüberstehen.<sup>113</sup> Geschichte wird deswegen von Pareto generell und ausnahmslos als »Friedhof der Aristokratien« verstanden: im ewigen Kreis-

lauf der Eliten verdrängen neue und produktive Führungsschichten die alten und abgewirtschafteten Eliten. Es sind daher nicht alleine die Massen, die gegen eine homogene Elite rebellieren, sondern Koalitionen aus der Masse und Teilen der alten Elite, die gegen einen anderen Teil der alten Elite aufbegehren und diesen zu verdrängen suchen. In Gegensatz zu Theoretikern wie Karl Marx, die diesen Prozess der Ersetzung der einen Elite gegen eine andere als einen an sich sinnvollen Prozess der Ablösung historisch überholter Produktivkräfte durch die Kräfte der Zukunft ansehen, sieht Pareto hier wenig inhaltlich Rechtfertigbares am Werk. Sozialistische, christliche oder kapitalistische Legitimationsmuster für Herrschaftsordnungen hätten alle einen eher religiösen als vernunftbasierten Kern. Menschen schlossen sich ihnen nicht aufgrund reflektierter Abwägungs- und Überzeugungsprozesse an, sondern als Ergebnis eines eher emphatischen Prozesses. Politische Theorien sind Pareto zufolge kaum von Religionen zu unterscheiden. Menschen hängen ihnen nicht deswegen an, weil sie Alternativen rational reflektiert und abgewogen haben, sondern weil sie »glauben«. Eliten sind in diesem Prozess von zentraler Bedeutung. Sie formulieren neue Ideen, denken die Struktur einer zukünftigen Gesellschaft und kommunizieren sie so, dass sich die Ambitionen der Unzufriedenen daran ausrichten können. Erst mit einer vorgedachten Idee einer anderen Gesellschaft kann aus einer Revolte der Unzufriedenen eine Revolution der Zielorientierten werden.

Zukunftsoptimistisches Denken hat gerade in den letzten Dekaden viel Kritik erfahren müssen. Der US-amerikanische Politologe Mearsheimer mutmaßte, dass das Ende des Ost-West-Konfliktes auch die europäische Integration in eine tiefe Krise stürzen und sie letztlich beenden würde. Im Kern, so Mearsheimer begründe sich der Integrationsprozess aus dem Versuch, unter US-amerikanischer Anleitung und Unterstützung ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu bilden. Wenn aber erst einmal die sowjetische Bedrohung weggefallen, die amerikanischen Truppen aus Europa abgezogen und das wiedervereinigte Deutschland neues Selbstbewusstsein getankt habe, dann würden die Mitgliedstaaten sich mit neuen individuellen politischen Ambitionen begegnen.<sup>114</sup> Der Nationalismus würde nach Europa zurückkehren. Insbesondere Deutschland werde sich aller Voraussicht nach atomar bewaffnen und im Osten Europas neue politische Ziele verfolgen. Der Zerfall der EU sei dann nur noch eine Frage der Zeit.

Zyklische Geschichtsphilosophien haben ihre Stärke darin, uns für die Möglichkeit politischen Verfalls einer Herrschaftsordnung zu

sensibilisieren. Auf sehr überzeugende Weise wurde diese Denkweise von Steven Levitsky and Daniel Ziblatt in »How Democracies Die« entfaltet.<sup>115</sup> Das Buch argumentiert, dass die Demokratie zu einem wesentlichen Teil aus informellen Normen des toleranten Umgangs miteinander besteht. Die Anerkennung des politischen Gegners als Konkurrenten und nicht als Feind sowie die verfassungskonforme Austragung des politischen Wettstreites seien Grundnormen demokratischen Verhaltens, die die formalen Regeln überhaupt erst mit Leben erfüllen und die unterschiedlichen Lager in der Demokratie zusammenführen. Wenn diese Grundwerte nicht mehr respektiert werden, dann droht auch die Demokratie insgesamt Schaden zu nehmen. Levitsky und Ziblatt zeigen an einer Fülle von empirischem Material aus Lateinamerika, den USA, Asien und Europa, dass dieser Respekt immer wieder beschädigt und von Misstrauen und Intoleranz abgelöst wurde. Dem Verfall der politischen Kultur folgte der Tod der Demokratie nur zu häufig auf dem Fuß. Das Argument von Ziblatt und Levitsky ist nun kein geschichtsphilosophisch zirkuläres Argument, sondern enthält sich allen Spekulationen, die über den Untersuchungszeitraum (im Wesentlichen das 20. Jahrhundert) hinausreichen. Die Autoren werten eine große Menge historischer Evidenzen aus und basieren ihr Argument auf der Idee, dass sich aus diesen Evidenzen ein Muster ableiten lässt, dass eine innere Logik aufweist. Geschichte, so Ziblatt und Levitsky, wiederholt sich zwar nicht, aber sie »reimt«. Über die Kulturen und Kontinente gibt es benennbare Grundzusammenhänge, die überall gleichermaßen Gültigkeit beanspruchen können. Es ist eine gleiche Melodie, die sich über die Zeit wiederholt – nur die Worte ändern sich. Geschichte ist demzufolge keine subjektive Aneinanderreihung persönlicher Interpretationen, sondern ein nutzbarer Steinbruch von Erfahrungen, von denen wir lernen können und das auch tun sollten, wenn wir nicht die gleichen Fehler immer aufs Neue wiederholen wollen. Sie lässt sich damit nicht nur dazu nutzen, die Vergangenheit zu erklären und die Gegenwart zu verstehen, sondern stellt zugleich einen wichtigen Ratgeber für die Zukunft dar. Die Herausforderung des politisch engagierten Analytikers besteht darin, »die Reime zu finden, bevor es zu spät ist.«<sup>116</sup>

Es ist sicherlich richtig, dass auch die Methode von Ziblatt und Levitsky alles andere als perfekt ist. Ihre Analyse abstrahiert von vielen Faktoren wie den disruptiven Auswirkungen des technologischen Fortschrittes und der Veränderung der Arbeitswelt, der steigenden Ungleichheit, dem veränderten Geschlechterverhältnis und vielem

mehr, das der modernen Gesellschaft und ihren Herausforderungen überhaupt erst Sinn gibt. Ihre Rezepte zur Rettung der heutigen Demokratie sind daher letztlich immer in Gefahr, schon von der Dynamik der Realität überholt zu sein. Dieses Risiko ist aber letztlich jedem Versuch der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung inhärent. Theorien müssen immer mit einem Spannungsverhältnis aus Sparsamkeit in der Argumentation und detailgetreuer Abbildung von zu erfassenden Prozessen umgehen. Beides sind wichtige Ziele, die sich nicht gleichzeitig in gleichem Umfang realisieren lassen. Die grundlegende Idee der Theoriebildung, mit möglichst Wenigem, möglichst viel zu erklären, treibt das Ziel der Sparsamkeit an. Eine Theorie ist demzufolge umso leistungsfähiger, je weniger Begriffe, Konzepte und Kausalitäten sie bemühen muss, um ein möglichst wichtiges Phänomen zu erklären. Sparsame Theorien suchen nach allgemeinen Gesetzmäßigkeiten oder großen Zusammenhängen und vernachlässigen dabei notgedrungen die Berücksichtigung von Einzelphänomenen. Der Realismus in den internationalen Beziehungen, Theorien über den Aufstieg und Fall von staatlichen Ordnungen sowie die Integrationstheorie sind diesem Ideal oftmals verpflichtet. Dieses Ziel zu verfolgen, bedeutet gleichzeitig allerdings auch, von weniger Wichtigem zu abstrahieren, viele Einzelphänomene aus dem Blick zu verlieren, die ebenfalls interessant sein mögen und bewusst das Risiko einzugehen, manchmal auch mit einem etwas gröberen Pinsel zu zeichnen. Ob ein derartiges Vorgehen gerechtfertigt ist, entscheidet sich daran, ob es dem Ziel wissenschaftlichen Arbeitens, der Gewinnung neuer Erkenntnisse, zuträglich ist. Die Alternative hierzu, Geschichte als aus lauter einmaligen Geschichten bestehend zu begreifen und von dem Versuch grundlegend Abstand zu nehmen, aus der Geschichte lernen zu können, ist kaum attraktiver. Sie ist vielmehr gleichbedeutend mit einer Aufgabe der Idee, von gestern für morgen lernen zu können und steht im Widerspruch zu der Überzeugung, dass wir über die Zeit wissenschaftliche Erkenntnis akkumulieren können.

## 4.2 Etablierte Herrschaftsordnungen

Alle vier der hier behandelten Herrschaftsordnungen waren über einen langen historischen Zeitraum in einem Zustand, der sich als Gleichgewicht beschreiben lässt. Institutionelle Strukturen und normative

Ausrichtungen hatten sich in einer Herrschaftsordnung gefunden, die Politik im Routinemodus etablierte. In der römischen Republik hatte sich in der Zeit vom 6. bis zum 4. Jahrhundert v. Chr. in langen und harten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ständen der Patrizier und der Plebejer eine neue republikanische Herrschaftsordnung herausgebildet.<sup>117</sup> Ihr politisches Zentrum basierte auf einem starken Senat, der als Versammlung der Großgrundbesitzer und der Mächtigen im Staat fungierte, und einer Volksversammlung, die die einfachen Bauern und Soldaten vor möglichen Zumutungen der Mächtigen schützen sollte. Beide Institutionen wurden von zwei in freier Wahl bestimmten Personen angeführt, die jeweils mit einem Vetorecht gegenüber den Entscheidungen des anderen ausgestattet waren. Das System reflektierte die negativen historischen Erfahrungen der Römer mit einem autokratischen Königtum und war auf ein hohes Maß an Beschränkung politischer Macht ausgelegt. Diese an den Erfahrungen der Vergangenheit geschulte Herrschaftsordnung sollte bis in das 2. Jahrhundert v. Chr. einen stabilen Rahmen für die Entwicklung der entstehenden römischen Republik bieten. Diese Stabilität zog die Republik wesentlich aus der ihr immanenten Beschränkung politischer Macht. Senat und Volksversammlung kontrollierten sich gegenseitig und gewährleisteten, dass weder die Patrizier noch die Plebejer so mächtig wurden, dass sie nicht mehr auf die jeweils andere Partei Rücksicht zu nehmen meinen konnten. Beide Institutionen waren zudem in ein enges Netz intermediärer Strukturen eingebunden. Verantwortlich hierfür war zum einen eine normative Ordnung, die die großen materiellen und politischen Asymmetrien in der römischen Gesellschaft so kanalisierte, dass sie auch von den weniger Begünstigten als hinnehmbar wahrgenommen wurde. Der römische Adel verfolgte die beiden zentralen Ziele des politischen Erfolgs und der Gewinnung einer möglichst großen Anhängerschaft. Für beides waren Popularität, Anerkennung und Unterstützung durch Andere eine wichtige Voraussetzung. Adelige konnten ihre wesentlichen Eigeninteressen nur dann effektiv verfolgen, wenn sie die Interessen der außeradligen Schichten in ihr Handeln einbezogen. Die eigenen Interessen des Adels liefen damit weitgehend konform mit den Interessen der Masse der Gesellschaft, was sich wiederum in einem erstaunlich hohen Maß an Akzeptanz der bestehenden Herrschaftsordnung zum Ausdruck brachte. Der Adel verfügte über »ein äußerst feines Gespür [...] für das, was sich ziemte oder was besser

vermieden wurde.«<sup>118</sup> Die Stabilität der römischen Herrschaftsordnung dürfte hiervon wesentlich profitiert haben.

Von nicht weniger zentraler Bedeutung für die starke kommunikative Vernetzung von Zentrum und Peripherie war die enge Verquickung zwischen privater Lebensführung und öffentlicher Funktion in Form des römischen Klientelwesens. Sie schuf eine hohe Kontaktfrequenz zwischen Adel und einfachen Leuten mit dem Ergebnis eines permanenten Abgleichs von Anliegen und Problemlösungen. Das Leben der römischen Oberschicht fand über weite Strecken in der Öffentlichkeit statt und bestand zu einem großen Teil aus permanenten Gesprächen mit Klienten und anderen Patronen.

»Weil sie ihre Ohren überall hatten, ständig mit unzähligen Menschen sprachen und sich dauernd intensiv untereinander austauschten, waren die Patrone über alle wichtigen Entwicklungen und Anliegen innerhalb und selbst außerhalb der Bürgerschaft bestens informiert. Indem die Mächtigen den wichtigsten Interessen immer einen Schritt voraus waren, ihnen zugleich aber auch stets ein Stück weit entgegenkamen, bewies sich die Leistungsfähigkeit dieses Systems tagtäglich vor aller Augen.«<sup>119</sup>

Auszugehen ist hier von einem »engen Kreislauf aus Entgegenkommen, Fürsorge, Interessenvertretung, Statuszuweisung und Herrschaftsakzeptanz«<sup>120</sup>, der einen umfassenden Interessenausgleich innerhalb der bestehenden Herrschaftsordnung bewerkstelligte. Auffällig ist hier ebenfalls, dass es in der Hochphase der römischen Republik und trotz der massiven Asymmetrien in der gesellschaftlichen Ordnung kaum jemals vorkam, dass die einfachen Bürger sich mit Gewalt gegen ihre Repräsentanten wehrten. Flaig sieht hier den Grund in einer Herrschaftsordnung, die grundlegend auch von den Beherrschten akzeptiert wurde, weil die Herrschenden ihre Macht nur im Rahmen dessen ausübten, was für die Beherrschten akzeptabel war:

»Wenn die Plebs gegen Magistrate selten zur Gewalt griff, dann deswegen, weil die Magistrate ihr dazu sehr selten Anlass gaben. Anders gesagt, die Magistrate wussten: wenn sie erwartungswidrig agierten, provozierten sie plebejische Reaktionen. Dieses Wissen warnte sie. Daher verhielten sie sich so, dass der befürchtete Fall nicht eintrat.«<sup>121</sup>

Die römische Gesellschaft war zwar weder in politischer noch in ökonomischer Hinsicht egalitär, konnte aber eine über Jahrhunderte hinweg tragfähige kommunikative Integration zwischen den patrizischen Besitzenden und der plebejischen Masse der Bevölkerung etablieren. Das System war damit, kybernetisch gesprochen, im Gleichgewicht und konnte seine zusätzlichen Energien in die äußere Expansion investieren.

Auch die katholische Kirche hatte in der Zeit ab der karolingischen Renaissance und bis in das 11. Jahrhundert eine bemerkenswerte Ausdehnung ihrer weltlichen Reichweite und eine Stabilisierung als hegemoniale Religion in Mitteleuropa erreicht.<sup>122</sup> Sie hatte sich zu einer wichtigen Säule der Legitimierung politischer Herrschaft entwickelt und ab dem 8. Jahrhundert mit einer Vielzahl von Klostergründungen in ganz Europa eine enge kommunikative Vernetzung zwischen religiösen Zentren und gesellschaftlicher Peripherie geschaffen. In den neu gegründeten Klöstern nördlich der Alpen entwickelte sich in enger Auseinandersetzung mit der Lebensrealität der einfachen Menschen eine neue Form der Spiritualität. In den Klöstern wurde nicht nur gebetet, sondern Wissen gesammelt, der Nachwuchs ausgebildet, die Landwirtschaft weiterentwickelt und das medizinische Wissen bewahrt. Wesentlich angetrieben wurde diese enge Vernetzung ab dem 10. Jahrhundert durch die Aufnahme von Laien in die Klostergemeinschaften. Klöster konnten jetzt zunehmend neben ihrer Funktion als Stützpunkte der Missionierung und der Ausbreitung der Religion auch für die Kultivierung von landwirtschaftlich erschlossenem Land und handwerklichen Arbeiten fungieren. Die Klöster waren damit gleichermaßen Zentren der Entwicklung der Religion wie auch Bestandteil der weltlichen Gesellschaft. In den Klöstern und im Umfeld entwickelte sich in den folgenden Jahrhunderten eine enge Symbiose dörflichen bäuerlichen und klerikalen Lebens. Die katholische Kirche reichte hierdurch tief in die Lebenswelten der Bevölkerung. Sie war in den folgenden Jahrhunderten sehr viel mehr als nur eine Religion im heutigen Sinne. Sie definierte die grundlegende Ordnung der Welt und stellte eine ideelle und praktische Richtschnur für alle alltäglichen wie auch überalltäglichen Dinge dar. Sie war zu einem untrennbaren Element der Lebenswelt der Menschen geworden und definierte weitgehend die Art und die Inhalte von Kommunikation.

Das absolutistische Ancien Régime Frankreichs wirkt aus heutiger Sicht leicht wie eine zutiefst widersprüchliche und in sich kaum begrün-

dungsfähige Herrschaftsordnung.<sup>123</sup> Aus der Sicht des 17. Jahrhunderts war es hingegen eine moderne und beispielgebende Ordnung, die wesentlich zum Aufstieg Frankreich als dem kulturell und ökonomisch führenden Land Europas beigetragen hatte. Mit der Ausbildung des absolutistischen Staates konnten in Frankreich die blutigen religiösen Konflikte und die Ausscheidungskämpfe zwischen konkurrierenden Adelshäusern beigelegt und der innere Frieden erzwungen werden. Die Überzeugung Jean Bodins, der zufolge die »absolute und zeitlich unbegrenzte Gewalt, ausgeübt von einem Fürsten« notwendig für den Frieden sei, fand hier ihren Ausdruck. Der Absolutismus im Frankreich des 17. Jahrhunderts war daher mehr als eine bloße Diktatur. Der interne Frieden hatte die umfassende Modernisierung des Staates, den Aufbau einer zentral gelenkten Bürokratie, die Reform des Steuerwesens sowie den Bau neuer Straßen und die Anlage einer Vielzahl neuer Kanäle und Häfen erlaubt. Die Übernahme der Provinzverwaltung durch königliche Beamte und die Konzentration des Schwertadels am Hof beendete die interne Gewaltsamkeit mit einer doppelten Strategie aus intensivierter direkter Kontrolle und Umleitung der latenten Aggressivität des Adels nach außen. Die Monarchie zwang den Hochadel, dauerhaft am Hof anwesend zu sein und bekam ihn hiermit unter direkte Kontrolle. Den niederen Schwertadel beschäftigte er mit einer Reihe von Kriegen gegen Spanien, die Niederlande, England und Schweden. Beide Maßnahmen ermöglichten es, das Ausmaß des Widerstandes gegen den Aufbau des absolutistischen Staates so weit zu reduzieren, dass der letzte größere Aufstand des französischen Adels gegen die Zentralisierung der Staatsmacht bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts niedergeschlagen und die verbliebenen Burgen geschliffen werden konnten. Während in Deutschland der Dreißigjährige Krieg tobte, das Land verwüstete und einen Flickenteppich von territorialen Herrschaften schuf, setzte der Absolutismus in Frankreich in der gleichen Zeit die französische Zentralmacht gegen alle ihre innerstaatlichen Konkurrenten durch und ermöglichte eine rasante wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Nach dem Ende der Hugenottenkriege war Frankreich damit ähnlich wie die römische Republik bis zum Zweiten Punischen Krieg und wie die katholische Hegemonie des frühen Mittelalters eine stabile Herrschaftsordnung, in der die gesellschaftliche Peripherie und das politische Zentrum einen Modus der Integration etabliert hatten, der Politik im Routinemodus erlaubte.

Auch im europäischen Staatensystem wurde Politik über lange Zeit im Routinemodus betrieben.<sup>124</sup> Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 bildeten sich die ersten Elemente einer europäischen internationalen Herrschaftsordnung heraus, die um den Begriff der nationalen Souveränität zentriert war. Die unterzeichnenden Staaten würden sich künftig wechselseitig als souverän anerkennen, d.h. sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten aller Vertragsparteien enthalten. Hiermit wurde der Dreißigjährige Krieg in Europa formal beendet und das Prinzip etabliert, dass die jeweiligen säkularen Herrscher autonom in der Bestimmung aller innenpolitischen Angelegenheiten sein sollten. Der Friedensschluss weist in seiner Bedeutung weit über die Beendigung des Dreißigjährigen Krieges hinaus und legte die Grundlagen des modernen europäischen Staatensystems. Parallel hierzu entstanden in den folgenden Dekaden die Grundlagen des modernen internationalen Rechts, des geregelten Staatenverkehrs auf der Basis von vertraglichen Verpflichtungen und der Betonung staatlicher Souveränität als zentralem Kernelement. Diese Grundordnung führte zwar nicht zu einem Ende des Krieges zwischen Staaten und beabsichtigte dieses auch überhaupt nicht. Der Krieg wurde vielmehr rechtlich diszipliniert und damit gleichzeitig auch zu einem ordentlichen Element der neuen Ordnung gemacht. Das Ziel der neuen internationalen Herrschaftsordnung war insofern bescheidener als sie lediglich eine bisher ungeordnete anarchische Struktur mit einem klaren Regelwerk versah, das legitime und illegitime Akteure unterschied sowie zulässige Interaktionsformen kodifizierte. Hiermit aber war sie wesentlich für die Konstituierung einer europaweiten Kommunikationsordnung, die bis in das 20. Jahrhundert Bestand haben sollte.

Alle vier Herrschaftsordnungen hatten damit – bei aller grundlegenden Unterschiedlichkeit im Hinblick auf ihre jeweiligen Strukturen von Autorität und Sanktion – eine übergreifende Gemeinsamkeit. Sie verfassten eine bestehende soziale Ordnung mit einem normativen und institutionellen Rahmen, der es erlaubte, auftretende Probleme routinisiert innerhalb der vorgesehenen Prozeduren zu verarbeiten. In der römischen Republik kooperierten Senat und Volksversammlung auf der Basis eines dichten Netzes von intermediären Strukturen und konnten eine lange Phase des internen Friedens begründen. Die katholische Religion stellte einen normativen und institutionellen Rahmen für die Legitimierung säkularer Herrschaft und die innergesellschaftliche Rechtfertigung der bestehenden feudalen Herrschaftsordnung dar. Genauso

führte der französische Absolutismus zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, in der der König zusammen mit dem Amtadel das Land regierte, in dem der Schwertadel weitgehend pazifiziert war und in der das Bürgertum sich zur zukünftig bestimmenden Kraft im Staat entwickeln konnte. Im europäischen Staatensystem sollten private Warlords zukünftig keine Rolle mehr spielen und die Regierungen der Staaten neben ihrem internen Gewaltmonopol zudem das Monopol der legitimen Außenvertretung ihrer Gesellschaften ausüben.

### 4.3 Ordnungen in der Krise

#### 4.3.1 Relative Deprivation in der Peripherie

Keine der vier Herrschaftsordnungen konnte ihre Stabilität auf die Dauer halten. In allen vier Fällen basierte die erzielte Herrschaftsordnung auf sozialen Voraussetzungen, die sich radikal verändern und Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen werden sollten. Die grundlegende Einsicht in die treibende Kraft sozialer und ökonomischer Verhältnisse findet sich in der Literatur in einer Vielzahl von Beiträgen, die von Marx und Engels über Barrington Moore und bis heute zu Wolfgang Streeck reicht.<sup>125</sup> In seiner großen Untersuchung verschiedener »Wege in die Moderne« unterscheidet Moore zwischen dem demokratischen Weg der bürgerlichen Revolutionen, wie er in England, Frankreich und den USA stattgefunden hatte, dem faschistischen Weg der Revolution von oben in Italien und Deutschland und dem kommunistischen Weg der Revolution von unten, wie er in Russland und China zu beobachten war.<sup>126</sup> Alle drei Wege hatten am Anfang einen tiefgreifenden sozialen und ökonomischen Konflikt. Dieser determinierte zwar nicht den weiteren historischen Verlauf, war aber jeweils von entscheidender Bedeutung für die Revolution gegen die bestehenden Kräfte. Die zentrale Rolle sozialer und ökonomischer Konflikte findet sich ebenfalls in der Erkenntnis, dass es oftmals sich verschlechternde wirtschaftliche Verhältnisse sind, die den Anlass zu Rebellionen geben: Davies zufolge sind sie dann wahrscheinlich »when a prolonged period of objective economic and social development is followed by a short period of sharp reversal«. <sup>127</sup> Instruktiv ist ebenfalls der Hinweis von Gurr, dass relative und als ungerechtfertigt wahrgenommene Verschlechterungen der ökonomischen Situation, von zentraler Bedeutung für Aufstände sind.

Es ist also nicht die absolute Armut oder Ausbeutung einer sozialen Gruppe, die diese zum Aufstand treibt, sondern die Absenkung eines Wohlstandsniveaus, insbesondere wenn diese in Relation zu anderen Gruppen erfolgt. Der Begriff der »relativen Deprivation« bringt diese Bezugnahme auf zeitlich vorläufige und soziale synchrone Verschlechterungen zum Ausdruck.<sup>128</sup>

Relative Deprivationen standen am Anfang des Endes aller vier hier behandelten Herrschaftsordnungen. Der Anfang vom Verfall der römischen republikanischen Herrschaftsordnung war mit dem Ende des Zweiten Punischen Krieges und den hiervon ausgelösten sozialen Umwälzungen gemacht. Der Krieg gegen Karthago hatte zu verheerenden Zerstörungen in weiten Teilen Italiens geführt. Die römischen Bauernsoldaten standen bei ihrer Rückkehr vor einem oftmals zerstörten oder verödeten Besitz, wenn dieser während ihrer Abwesenheit nicht sogar von anliegenden Großgrundbesitzern übernommen worden war. Das römische Herrschaftsgebiet hatte sich durch den militärischen Sieg zwar mehr als verdoppelt und zum Entstehen eines großen öffentlichen Landbesitzes (*ager publicus*) geführt, doch wurde dieses Land nicht gleichmäßig unter der römischen Bevölkerung verteilt, sondern zum ganz überwiegenden Teil von den ehemaligen Heerführern und ihren Generälen sowie römischen Großgrundbesitzern vereinnahmt. Die ehemaligen Soldaten konnten daher nicht, wie es Jahrhunderte lang Tradition gewesen war, nach Abschluss des Krieges wieder auf ihre Felder zurückkehren oder neu gewonnene Ländereien bewirtschaften, sondern mussten sich auf den größer gewordenen Ländereien der Patrizier verdingen oder nach Rom gehen, um hier von öffentlichen Zuwendungen zu leben. Im Ergebnis wurde das Kleinbauerntum und damit das soziale Fundament der römischen Republik in vielen italienischen Regionen verdrängt und in ein neu entstehendes urbanes Proletariat verwandelt.

Diese soziale Revolution wurde wesentlich davon angetrieben, dass es nach Kriegsende zu einem sprunghaften Anstieg der Sklavenarbeit auf den Feldern kam. In der Mitte des 2. Jahrhunderts v. Chr. erreichte die Zahl der versklavten Arbeiter:innen in Italien bereits die Milliongrenze und damit ungefähr ein Viertel der gesamten damaligen Bevölkerung. Die große Masse an billig zur Verfügung stehender Arbeitskraft erlaubte es, die Arbeit auf den großen Latifundien effizienter und deutlich kostengünstiger zu organisieren als dieses für die noch bestehenden Kleinbetriebe möglich war. Alteingesessene Subsistenz-

betriebe wurden zunehmend aus dem Markt gedrängt, da sie mit den günstigeren Preisen nicht konkurrieren konnten. Wo dieses nicht funktionierte, wurden Bauern häufig mit Gewalt vertrieben oder ausgekauft.<sup>129</sup> Das Ende des Krieges gegen Karthago und der Aufstieg Roms zur politischen und militärischen Vorherrschaft im Mittelmeerraum war für die meisten römischen Soldaten daher ein soziales Desaster. Sie hatten zwar den Krieg gewonnen, standen aber jetzt vor den Scherben ihrer Existenz.<sup>130</sup> Zeitgenössische Quellen geben in einer Vielzahl von Schilderungen diese Zustände wieder. Plutarch etwa berichtet, dass die Landflucht seit dem Ende des Zweiten Punischen Krieges auffällig zugenommen habe. Die arme Landbevölkerung sei durch reiche Nachbarn von Haus und Hof vertrieben worden.<sup>131</sup> Tiberius Gracchus schildert, dass er auf seiner Fahrt durch Etrurien nur fremde kriegsgefangene Sklaven auf den Feldern gesehen habe.<sup>132</sup> Der Volkstribun Lucius Marcius Philippus spricht 104 v. Chr. davon, dass es »keine 2000 Leute, die Besitz hätten«, gäbe.<sup>133</sup> Noch fünfzig Jahre später sah sich Julius Cäsar genötigt, ein Gesetz zu erlassen, demzufolge die Viehzüchter mindestens ein Drittel freigebozene Männer unter ihren Hirten haben mussten. Nur so ließ sich gewährleisten, dass die Freien nicht vollständig aus der Landwirtschaft verdrängt wurden und dass sich für das arbeitslose Proletariat neue Beschäftigungsmöglichkeiten ergäben.<sup>134</sup>

Relative Deprivationen standen auch im Ursprung der Krise der katholischen Kirche im 15. Jahrhundert. Das Städtewesen und der Fernhandel hatten in den letzten hundert Jahren einen kontinuierlichen Aufschwung genommen und zur Entstehung großer Reichtümer in den Händen einzelner Personen geführt. Gleichzeitig hatte sich seit dem Ende der großen Pest um 1450 die Bevölkerungsentwicklung stark erholt, ohne dass die Produktivität der Landbewirtschaftung gestiegen wäre. Angebot und Nachfrage nach landwirtschaftlicher Arbeitskraft hatten sich damit, analog zur Spätphase der römischen Republik, stark zuungunsten der Bauern verschoben. In der Folge konnten die Grundherren die Abgaben, die die Bauern zu leisten hatten, immer weiter erhöhen. Hinzu kamen häufig noch Fron- und Spanndienste, die sie zu erbringen hatten. Auch das »Alte Recht«, ein mündlich überliefertes Recht, das den Bauern viele Freiheiten eingeräumt hatte, wurde von den Grundherren zunehmend restriktiv interpretiert oder sogar vollkommen ignoriert. Seit Jahrhunderten bestehende Allmenden wurden in Privateigentum überführt und gemeinschaftliche Weide-, Holzschlag-, Fischerei- oder Jagdrechte beschnitten oder abgeschafft. Diese Entwicklung wirkte sich

zusätzlich noch dadurch zu Lasten der Bauernschaft aus, dass der niedere Adel aufgrund der wachsenden Bedeutung von Landsknechten und der Professionalisierung der Kriegführung ökonomisch unter Druck geriet, zunehmend verarmte und häufig sein Heil im Raubrittertum suchte.

Zwischen den verschärften sozialen Konflikten im Deutschen Reich und der zügig an Fahrt aufnehmenden Reformationsbewegung bestand daher von Anbeginn ein direkter Zusammenhang. Der Grund dafür, dass die humanistischen Gedanken in Form des Protestantismus ausgebreitet im Reich so schnell und so nachhaltig Fuß fassten, hatte viel mit den hier so offensichtlichen sozialen Missständen zu tun. Schon die Bewegung der Hussiten in Böhmen verband ihre religiösen Forderungen aufs Engste mit sozialen Veränderungen. Der tschechische Theologe und Reformator Jan Hus (ca. 1370–1415) beanstandete schon hundert Jahre vor Luther den unverantwortlichen Reichtum der römisch-katholischen Kirche. Die Säkularisierung von Kircheneigentum, die Preisgabe kirchlicher Grundherrschaften und Gerichtsbarkeiten, der Regalien und was immer die Kirche an Herrschaftsrechten besaß, waren wesentliche Forderungen der Hussiten. Die Priester sollten nicht mehr im Luxus, sondern arm und einfach wie das Volk leben. Auch die 1420 abgefassten Vier Prager Artikel, die die Kernforderungen der Hussiten auflisteten, bringen deutlich die enge Verknüpfung zwischen theologischen und sozialen Fragen zum Ausdruck. Gefordert wurden hier neben der freien Priesterwahl, die Freiheit von säkularer Kirchenherrschaft und von ungerechter weltlicher Herrschaft.

In den gut hundert Jahre später abgefassten Zwölf Artikeln Gemeiner Bauernschaft stehen soziale Forderungen ebenfalls an zentraler Stelle. Gefordert wurde hier unter anderem die Abstellung der Praxis vieler höherer Kleriker, die Pfarrdienste durch schlecht bezahlte und miserabel ausgebildete Vikare ausüben zu lassen und sich selbst darauf zu beschränken, die Einnahmen ihrer Pfründe einzustreichen. Armut und Unterdrückung waren zentrale Motive der protestantischen Bewegung und überlagerten in den Unruhen des frühen 16. Jahrhunderts alle religionstheoretischen Überlegungen. Spätestens mit der Übersetzung des Neuen Testaments ins Deutsche 1522 wurde es auch für die dörfliche Bevölkerung deutlich, dass sich für ihre erbärmliche Lage aus der Bibel keine Rechtfertigung ableiten lasse. Die an vielen Orten vollzogenen Einschränkungen des Alten Rechts durch die Grundherren widerspra-

chen offensichtlich dem Willen Gottes, da sie zu Zuständen führte, die es dem Einzelnen verunmöglichten, sein Leben frei von Not zu führen.

Es ist zwar sicherlich unzulässig, von den sozialen Missständen der Zeit direkt auf die Reformation der Kirche zu schließen. Soziale Missstände haben schon immer und zu allen Zeiten bestanden und oftmals viele Jahrhunderte überdauert, ohne zu größeren Unruhen zu führen. Gleichzeitig aber dürfte es auch unstrittig sein, dass die Reformation ohne ihre tieferliegende soziale Resonanz kaum so viel Dynamik entfalten und in der Bauernschaft so viel Rückhalt hätte finden können. Beide Faktoren zusammen, die gravierenden sozialen Missstände und die offensichtlich unchristlichen Lebenspraktiken der katholischen Kirche, machten einen Großteil der gesellschaftlichen Mischung aus, die nach Veränderung rief.

Auch im Frankreich des 18. Jahrhunderts waren die sozialen Zustände zunehmend unhaltbar geworden. In den Städten war die Bevölkerung stark angestiegen und hatte sich die Nachfrage nach Lebensmitteln entsprechend erhöht, während gleichzeitig die Produktivität in der Landwirtschaft stagnierte. Die Preissteigerungen führten zu einem faktischen Kaufkraftverlust, der gerade die ärmere Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts besonders hart traf. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts lebte die große Masse der französischen Bevölkerung in bitterer Armut auf dem Land und war zum Überleben oftmals darauf angewiesen, neben ihrer Feldarbeit zusätzliche Arbeiten anzunehmen. Als die Missernte des Jahres 1774 zu einem weiteren Preisanstieg bei Getreide, Mehl und Brot führte, spitzte sich die Lage im Frühjahr 1775 so weit zu, dass unter der armen Landbevölkerung die Angst vor einer Hungersnot aufkam. In der Folge kam es zu Plünderungen, Unruhen und einem sich schnell ausbreitenden Widerstand gegen die Repräsentanten der herrschenden Herrschaftsordnung. Auch in den Städten und insbesondere in Paris rumorte es gewaltig. Schätzungsweise zwei Drittel der Bevölkerung von Paris waren so arm, dass sie sich als Tagelöhner oder einfache Arbeiter verdingen und praktisch von der Hand in den Mund leben mussten.<sup>135</sup> Das hohe Ausmaß an Gewalt, das sich während der Revolutionsjahre in Paris und anderen Städten Frankreichs Bahn brach, hatte hier seinen Ursprung. Über viele Jahre hinweg hatte der französische Adel auf engstem Raum mit einer breiten Schicht verelendeter Menschen zusammengelebt. Der persönliche Bedarf des französischen Königs betrug in den Jahren vor der Revolution allein ungefähr 6 Prozent der gesamten Staatsfinanzen. Alltäglich wurde den

verarmten Schichten die enorme Ungleichheit vor Augen geführt und vom Adel mit einer Arroganz zelebriert, die nur zu Zorn und Wut führen konnte.

Auch der Untergang des europäischen Staatensystems in der Weltwirtschaftskrise und dem folgenden Weltkrieg steht in direktem Zusammenhang zu einem großen sozialen Konflikt. Die Weltwirtschaft hatte mit den technologischen Innovationen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts starke Entwicklungsimpulse erhalten und war Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem wesentlichen Faktor für die Bestimmung inländischer Preise einschließlich des Preises der Arbeit geworden.<sup>136</sup> Das Niveau an weltwirtschaftlicher Durchdringung der wichtigsten Staaten bewegte sich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bereits auf einem Niveau, das dem der 1980er Jahre nicht unähnlich war.<sup>137</sup> Die Erfindung des Dampf- und später des Kühlschiffes erlaubte es, Lebensmittel in sehr viel größerem Umfang aus weit entfernten Ländern zu importieren. Die Entwicklung eines internationalen Banken- und Versicherungssystems ermöglichte die finanztechnische Abwicklung größerer Investitionen und die Reduktion der hiermit einhergehenden Risiken. Durch die sich schnell ausbreitenden Kommunikationssysteme konnte flexibel auf Veränderungen in Angebot und Nachfrage reagiert werden. Trotz dieser rasanten Entwicklung gab es in der internationalen Politik bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts noch kein im politischen Zentrum verankertes Bewusstsein für die wechselseitige Verknüpfung von internationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik und interstaatlicher Sozialpolitik. Internationale und innerstaatliche Politik wurden noch entweder getrennt verhandelt oder kannten zumindest keinen staatenübergreifenden Ort, der für die Koordinierung makroökonomischer Politiken zuständig gewesen wäre. Die innerstaatlichen Effekte internationaler Politiken mussten daher im Rahmen ausschließlich einzelstaatlicher Maßnahmen und oftmals merkantilistischer Instrumente zu regulieren versucht werden. Diese Vernachlässigung der internationalen Regulierung des Wirtschafts- und Finanzverkehrs bei gleichzeitig zunehmender innerstaatlicher Relevanz der internationalen Wirtschaft traf auf einen Prozess, den Polanyi als die »Große Transformation« beschrieben hat. Sie beinhaltete die Ausdehnung kapitalistischer Vergesellschaftungsformen und die immer umfassendere marktwirtschaftliche Erfassung (Kommodifizierung) von Arbeitskraft. In diesem Prozess wurde das ursprüngliche Bemühen um eine sozial verträgliche Form der Modernisierung aufgegeben und anstelle dessen

das »utopische Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems«<sup>138</sup> verfolgt. Polanyi verwendet hier den Begriff des »disembedding«. Er bezeichnet einen Prozess der Ablösung der Wirtschaft von staatlicher Kontrolle, der resultierenden sozialen Fragmentierung und der Auflösung etablierter sozialer Beziehungen. Er lässt sich in weiten Teilen Europas und Nordamerikas für die zweite Hälfte des 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts beobachten. Er schuf eine hochlabile Herrschaftsordnung aus global vernetzten und gleichzeitig politisch unregulierten Märkten, die auf eine zunehmend fragmentierte Sozialordnung trafen.

Ihren sichtbarsten Ausdruck erfuhr diese (Un-)Ordnung im Deutschland der Zwischenkriegszeit. Der Weg aus der großen Inflation des Jahres 1923 wurde in Deutschland mittels überwiegend kurzfristig angelegter Kapitalzuflüsse aus den USA finanziert. Als nur fünf Jahre später die Börse in den USA ihren Schwarzen Freitag erlebte, waren viele Geldgeber genötigt, ihre Anlagen aus Deutschland wieder zurück in die USA zu transferieren. Der Börsencrash an der New Yorker Wall Street hatte dazu geführt, dass große Summen Kapital kurzfristig aus Deutschland abgezogen wurden und viele deutsche Unternehmen und Kommunen, die langfristig investiert hatten, in massive Kapitalengpässe gerieten. In der Folge ging die Investitionstätigkeit rapide zurück und verloren Millionen von Arbeiter:innen und Angestellten ihre Arbeitsplätze. Es kam zu einer »flächendeckenden Verelendung« der Bevölkerung: »Täglich und hautnah wurde von Abermillionen Menschen eine denkbar qualvolle und deprimierende Deprivation erfahren«.<sup>139</sup> Die tiefe Frustration mit der mangelnden Leistungsfähigkeit der demokratischen Republik brachte sich direkt in den Wahlen zum Reichstag 1930 und 1932 zum Ausdruck. Noch 1928 hatte die NSDAP bei den Reichstagswahlen nur 2,6 Prozent der Stimmen erzielt. Nur vier Jahre später war sie mit 37,4 Prozent bereits die mit Abstand stärkste Partei im Reichstag.<sup>140</sup>

Der Aufstieg der NSDAP und ihre Machtergreifung 1933 hat natürlich viele Gründe, die sich nur bedingt auf die Unordnung des europäischen Staatensystems zurückführen lassen. Es ist allerdings gleichwohl auch richtig, dass der Weg in die Diktatur und den Zusammenbruch des europäischen Staatensystems auch davon vorangetrieben wurde, dass die internationalen Gläubiger die prekäre politische Situation der jungen Republik ignorierten, keinem umfassenden Schuldenerlass zustimmten und damit die Rückkehr Deutschlands in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten stark erschwerten. Diese politischen

Maßnahmen fanden erst 1932 statt, als die NSDAP bereits kurz vor der Machtübernahme stand. Noch bis 1932 war Deutschland in ein europäisches Staatensystem eingebunden, die nur Sieger und Besiegte kannte und in dem es keinen Ort gab, an dem für das ganze System verantwortungsvoll gehandelt worden wäre. Nationale Egoisten regierten dort wo kollektive Vernunft und die Übernahme globaler Verantwortung so wichtig gewesen wären. Der steile Anstieg der Wählerschaft der NSDAP ab 1929 brachte daher sowohl die politische Enttäuschung der einfachen Leute über die mangelnde Fähigkeit der Republik zur Bereitstellung von Wohlfahrt als auch die Unfähigkeit der internationalen Herrschaftsordnung zum Ausdruck, verantwortungsvolles Handeln gegenüber der sich in Deutschland rasant entwickelnden extremistischen Gefahr zu realisieren. Es gab noch keinen IMF, keine Weltbank und erst recht noch keine Europäische Union, die den ökonomischen Absturz und die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse abfangen und die rechtsnationale Gefahr hätte bannen können.

Die hier beschriebenen sozialen Konflikte in der römischen Republik, der katholischen Hegemonie, dem Ancien Régime und dem europäischen Staatensystem waren alle Produkte sich verändernder Wirtschaftsstrukturen. Alte Arrangements verloren ihre konfliktregulierende und sozial befriedende Funktion und mussten an die neuen Verhältnisse angepasst werden. In dieser Frühphase politischer Umbruchsituationen werden entstehende soziale Konflikte im Routinemodus bearbeitet und erfolgen im Rahmen der bestehenden Institutionen. Responsive Herrschaftsordnungen reagieren jetzt im Idealfall mit einem Politikwechsel und neuen Regelungen, denen eine höhere Kompetenz zur Überwindung inkriminierter Missstände zugesprochen wird. In der römischen Republik hätte es dringend einer Agrarreform zur Versorgung der Bauernsoldaten und einer Beschränkung der Praxis der Sklaverei bedurft. Es war noch die Zeit für Senat und Volksversammlung, gemeinsam entsprechende Regelungen für einen neuen sozialen Regelungsmodus zu institutionalisieren und die Konflikte beherrschbar zu machen. Auch im Deutschen Reich des späten 15. Jahrhunderts wäre es sicherlich noch möglich gewesen, die Reformsynoden der katholischen Kirche für eine Einigung mit den protestantischen Predigern zu nutzen und eine Spaltung der Kirche sowie die folgenden Religionskriege zu verhindern. Das spätabolutistische Frankreich hätte entweder zusammen mit den Obersten Gerichtshöfen oder den Generalständen eine Reform der französischen Staatsfinanzen und den Übergang zu

einer konstitutionellen Monarchie organisieren können. Und im internationalen System der 1920er Jahre wäre es durchaus denkbar gewesen, die Kriegsschuldenfrage einer übergreifenden kooperativen Lösung durch eine Ausweitung der Bereitstellung langfristiger Kredite seitens der USA zu lösen und dem Deutschen Reich eine Perspektive als Partner in einer neuen internationalen Ordnung anzubieten.

Alle vier Systeme waren allerdings nur sehr begrenzt sensibel für die einlaufenden Meldungen über das zunehmende Konfliktpotential. Tiefgreifende politische Reformen waren in keinem der vier Systeme als Möglichkeit angelegt und die entsprechenden Forderungen stießen daher auf taube Ohren seitens der Regelaufsteller. Informationen werden schlicht ignoriert, für irrelevant oder falsch erklärt und der Routinemodus der Politik blieb trotz alarmierender Entwicklungen weitgehend ungestört. Die normalen politischen Verfahren wurden weiterhin eingehalten, auch wenn dieses keine wirkliche Veränderung auf der Ebene der Konfliktlösung zuließ und obwohl kontinuierlich weitere Informationen bezüglich steigender sozialer Unzufriedenheit im politischen Zentrum eintrafen. Vom Ende des Zweiten Punischen Krieges bis zur Vorlage der Reformgesetze durch Tiberius Gracchus dauerte es 70 Jahre. Für die Einführung einer Berufarmee durch den Konsul Marius und damit die Eröffnung einer alternativen ökonomischen Perspektive für die Bauernsoldaten brauchte die Republik sogar ungefähr hundert Jahre. Bis dahin erweiterten die nach Rom drängenden Bauernsoldaten zuerst einmal nur das Wählerreservoir der Popularen und wurden mit vergünstigten oder sogar kostenlosen Brotzuteilungen und immer aufwändigeren Spielen zufrieden gestellt, ohne dass aber irgendwelche tiefgreifenden Reformen veranlasst worden wären.

Der gleiche routinisierte Politikmodus lässt sich auch in der katholischen Kirche bis in das 15. Jahrhundert beobachten. Die Renaissancepäpste ignorierten die elendigen Bedingungen, unter denen die deutsche Bauernschaft zu leben hatte, während klerikale Würdenträger in Rom rauschende Feste feierten und sich in Italien und Deutschland wie säkulare Fürsten verhielten. Die zunehmende Verschmelzung der katholischen Kirche mit der weltlichen Gewalt und ihre immer weitere Entfernung von der gelebten Alltagspraxis der Menschen war schon in den Reformbemühungen Gregor VII. im 11. Jahrhundert als Problem erkannt worden. Die letztlich durchgeführten Maßnahmen führten allerdings lediglich zu administrativen Reformen innerhalb der Kirche wie einer weiteren Verrechtlichung, dem Aufbau der Kurienverwaltung

und der Stärkung der Rolle des Papstes, während die eigentlich benannten Missstände wie Ablasshandel, Simonie und die Qualität der Sakramente kaum verändert wurden. Noch die Reformsynoden des 15. Jahrhunderts scheiterten an genau dem gleichen Versuch und führten letztlich lediglich zu einer Ermächtigung des Papstes.

Politik im Routinemodus beherrschte auch die Politik im absolutistischen Frankreich noch bis kurz vor der Revolution. In Frankreich gab es durchaus Überlegungen, auf die zunehmende Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft mit umfassenden Reformen zu reagieren und die alte Herrschaftsordnung an die neue Zeit anzupassen. Am vielleicht klarsten wurden diese vom französischen Reformminister Anne Robert Jacques Turgot in den zwei Jahren seiner Bestallung als Generalkontrolleur der französischen Staatsfinanzen von 1774 bis 1776 vorgetragen.<sup>141</sup> Turgot hatte klar erkannt, wie sehr sich die französische Gesellschaft bereits von ihrer ständischen Verfassung entfernt hatte und wie wenig haltbar die rechtliche Konstruktion einer auf unterschiedlichsten Privilegien und Vorrechten aufbauenden Ordnung sein musste. Anstelle dessen schwebte ihm ein modernisierter Absolutismus vor, in dem der König als über den partikularen Interessen schwebende Instanz mittels seiner Minister Staat und Gesellschaft regierte und den Einfluss der Stände und ihrer Sonderinteressen zurückdrängte. Ein starker Rechtsstaat mit aufgeklärt absolutistischen Elementen sollte Freiraum für eine liberale Bürgerschicht schaffen, die im Schutze des Staates freien Handel treiben könnte.

Turgot trat sein Amt mit der dreifachen und selbst aus heutiger Sicht noch modernen Maxime an »kein Bankrott, keine Steuererhöhung, keine Verschuldung«. Die Stabilisierung der staatlichen Finanzen sollte über die Wiedergewinnung des Vertrauens der internationalen Gläubiger, die Reduktion von Ausgaben und die Durchführung interner Reformen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der französischen Wirtschaft erzielt werden. Zur Umsetzung verordnete er allen Bereichen des staatlichen Haushaltes strenge Sparsamkeit sowie einschneidende Strukturreformen. Turgot setzte sich gegen die verschwenderische Vergabe von Stellen und Pensionen durch den Staat, für die Neuaushandlung von ungünstigen Verträgen zwischen dem Staat und einzelnen Personen und für ein reguläres Staatsbudget ein. Dieser durchweg an heutige Maßnahmen zur Stabilisierung staatlicher Finanzen erinnernde Katalog politischer Maßnahmen führte denn auch tatsächlich dazu, dass sich das Staatsdefizit beträchtlich verringerte.

Gleichzeitig stießen diese Maßnahmen allerdings auch auf heftigen Widerstand, da es im französischen politischen System keinen Ort gab, an dem das Gesamtinteresse des Staates abgebildet worden wäre. Das französische System des Absolutismus bestand aus einer Summe partikularer Interessen, die sich in allen Reformbemühungen gegenseitig blockierten. Es war ein System der perfekten Organisation von Unverantwortlichkeit, in der jede Verantwortlichkeit für das Gesamtsystem fast zwangsläufig an der Wand umfassenden Widerstands scheitern musste. Alle politisch relevanten Kräfte waren als Sonderinteressen-gruppen organisiert, die mit ihren jeweiligen Privilegien, Pensionen und partikularen Interessen eine insgesamt zutiefst reformfeindliche Front bildeten. Turgot konnte seinen Maßnahmenkatalog daher nur gegen den vehementen Widerstand der in den Parlamenten vertretenen Interessen und nur mit Hilfe des Königs durchsetzen, hatte damit aber auch sein politisches Kapital verbraucht.

Als er im nächsten Schritt versuchte, den in Frankreich von einer Vielzahl von Regularien eingeschnürten Getreidehandel zu liberalisieren, um damit eine Besserversorgung derjenigen französischen Gebiete zu ermöglichen, in denen Getreide knapp war, musste er die Grenzen der Reformfähigkeit des Systems erkennen. Sein Vorschlag stieß auf heftige Gegenwehr seitens aller Getreidespekulanten inklusive der hier von ebenfalls profitierenden Königsfamilie und ging in den politischen Turbulenzen des im Frühjahr 1775 einsetzenden Mehlkriegs unter. Selbst eine so offensichtlich nötige Maßnahme wie die Unterbindung von Getreidespekulation mit dem Ziel einer Vermeidung von Hungersnot und struktureller Unterversorgung einzelner Gebiete hatte in der politisch blockierten Ordnung des Ancien Régime keine Chance.

Mit dem Scheitern der Liberalisierung des Getreidehandels war es offensichtlich geworden, dass die Reformagenda Turgots nicht umsetzbar sein würde. Er stürzte allerdings erst über seinen nächsten Vorstoß, den Versuch der Abschaffung der Frondienste der Bauern und der Aufhebung des Zunftzwanges. Zusätzlich plädierte er für die Abschaffung der Privilegien und die Unterwerfung aller drei Stände unter die Besteuerung. Alle diese Maßnahmen wären wichtige Schritte auf dem Weg zur Überwindung der ständischen Gesellschaft und der Beförderung bürgerlicher Wirtschaftsfreiheiten gewesen. Sie hätten eine tiefgreifende Modernisierung von Staat und Gesellschaft bedeutet und es Frankreich wahrscheinlich erlaubt, auch ohne die revolutionären Umwälzungen der Jahre nach 1789 in die Moderne zu gelangen.

Durchsetzen ließen sich diese Maßnahmen allerdings nicht mehr. Die Idee einer Abschaffung der Privilegien des Adels trug ihm nicht die Unterstützung der Bürger, sondern bloß den Widerstand der Parlamente ein. Hier war kein Millimeter Entgegenkommen zu erwarten. Auch der Hof und insbesondere die Königin ließen ihn nun im Stich. Sein Kampf gegen die höfische Verschwendungssucht wurde als direkter Angriff auf die königliche Familie empfunden und fand trotz seiner offensichtlichen Angemessenheit nirgendwo wirkliche Unterstützung. Seine Vorstellungen über die Liberalisierung des Handels stießen weiter auf den erbitterten Widerstand derjenigen Finanziers, die von der Getreidespekulation profitiert hatten. Selbst sein Versuch der Durchsetzung eines höheren Maßes an religiöser Toleranz fand keine Unterstützung, sondern brachte ihn in eine wachsende Opposition zum Klerus. Der Versuch der Abschaffung der Zünfte trug ihm die Feindschaft der reichen Bourgeoisie von Paris ein. Turgots politische Ideen hätten nur wenige Jahre später in einer französischen Nationalversammlung sicherlich breite Unterstützung gefunden, hatten jetzt aber noch keine Chance. Als dem König klar wurde, dass die Maßnahmen Turgots sich zu einer Politik aufaddierten, die auf die Formierung einer neuen bürgerlichen Gesellschaftsformation hinwies, ließ er Turgot fallen. Es ist eine der großen Fehleinschätzungen von Ludwig XVI. gewesen, dass er hiermit den einzigen ernsthaften Versuch vergab, »auf dem Boden des absolutistischen Staates und im Bunde mit dem König, die Forderungen der Gesellschaft zu befriedigen«. <sup>142</sup>

Als Politik im Routinemodus trotz offensichtlicher werdender sozialer Konflikte lässt sich ebenfalls das Beharren der Staatenwelt auf überholten Souveränitätsvorstellungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert interpretieren. Die immer engere Verflechtung der Volkswirtschaften hatte spätestens Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer Situation geführt, in der die Arbeiterschaften in einen wachsenden Konflikt mit dem Bestreben der internationalen Eliten um Liberalisierung und die Vertiefung des Freihandels gerieten. In den USA, Frankreich, Großbritannien und vor allem dem Deutschen Reich hatte die »Große Transformation« (Polanyi) tiefe soziale Spannungen hinterlassen. Kommunistische und sozialistische Parteien erhielten in allen drei Staaten starken Zulauf und setzten ihre jeweiligen Regierungen unter hohen Druck. Demokratische Regime waren vor dem Hintergrund der drängenden innenpolitischen sozialen Forderungen nach Schutz vor den Zumutungen des Weltmarktes nicht mehr in der Lage, internationa-

len Anliegen einen zentralen innenpolitischen Stellenwert einräumen zu können.<sup>143</sup> Die einseitige Verhängung hoher Einfuhrzölle seitens der USA 1930, der Abwertung der britischen Währung 1931 und das Beharren Frankreichs auf den deutschen Reparationen waren wesentlich hiervon geprägt. Forderungen nach einem Aufbau internationaler Organisationen zur Regulierung der entstandenen Interdependenz stießen allerdings noch bis in die 1940er Jahre auf taube Ohren seitens souveränitätsbetonter nationaler Regierungen.

In allen vier Fällen war damit eine konfliktive Grundkonstellation angelegt, die im Rahmen der bestehenden Herrschaftsordnung nicht aufzulösen und wesentlich verantwortlich für den folgenden Prozess des Verfalls war. In allen vier Fällen stand am Anfang des Verfalls ein Prozess gesellschaftlicher Dynamisierung, der einen sozialen Konflikt befeuerte und letztlich zu einer tiefgreifenden Legitimationskrise führte. Soziale Konflikte und das gleichzeitige Bemühen um Aufrechterhaltung von Politik im Routinemodus seitens des Zentrums standen am Anfang des Verfalls der römischen Republik, der katholischen Hegemonie, des Ancien Régime und des europäischen Staatensystems der Zwischenkriegszeit.

### 4.3.2 Machtanmaßung im politischen Zentrum

Ein wesentlicher Grund für diese Verweigerung konstruktiven Lernens war der Umstand, dass Herrschaft in allen vier Fällen auf einem hohen Maß an Machtkonzentration und einem daraus resultierenden inflexiblen politischen Willen aufgebaut waren. Alle vier Systeme bildeten ein politisches Zentrum aus, das in seiner Spätphase dem Irrtum unterlag, sich erlauben zu können, nicht zuhören zu müssen. Genau dieser Irrtum war von entscheidender Bedeutung für ihren Niedergang. In der römischen Republik setzte dieser Zeitpunkt mit dem Zusammenbrechen der intermediären Strukturen der Interessenvermittlung zwischen Zentrum und Peripherie ein. Die Zuspitzung des politischen Klimas in der Folge der sozialen Verwerfungen zerstörte eine Herrschaftsordnung, die auf einer konstruktiven Spannung zwischen den beiden zentralen Institutionen des Senates und der Volksversammlungen aufgebaut war. Der Senat war in der römischen Republik bis zu seiner Entmachtung durch Cäsar das Machtzentrum. Er musste sich die Macht im Staat zwar formal mit der Volksversammlung und mit den immer unabhängiger operierenden Feldherren teilen, verfügte aber über eine informelle Autori-

tät, die ihm eine weit größere Rolle erlaubte.<sup>144</sup> Diese zentrale Rolle traf sich mit dem Selbstverständnis des Senates als einer Institution, die sich in ihrem Handeln nicht dem römischen Volk, sondern der römischen Republik verpflichtet sah. Alle Rechte des Volkes waren den Senatoren in den Ständekämpfen getrotzt worden. Die Ständekämpfe hatten aber zu keiner Identifikation der Senatoren mit den Anliegen des Volks geführt. Dieses Selbstverständnis des römischen Senates als einer der Republik und nicht dem Volk verpflichteten Institution brachte sich wesentlich in seinen Rekrutierungsmechanismen und dem Verständnis seiner Aufgaben zum Ausdruck. Senator konnte grundsätzlich nur werden, wer zumindest einen Teil der traditionellen Ämterlaufbahn absolviert hatte. Hierzu gehörten zuerst einmal die gewesenen Konsuln, die das höchste Ansehen besaßen und die zusammen mit ihren direkten Nachkommen den Kern der Nobilität bildeten. Personen, die noch kein öffentliches Amt bekleidet hatten, konnten nur ausnahmsweise und nur bei besonderen Verdiensten um die Republik in den Senat aufgenommen werden. Der Senat war daher eine zutiefst aristokratische Institution, die fest in den Händen der wohlhabenden Nobilität blieb. Ein wesentlicher Grund für diesen exklusiven Charakter waren die außerordentlich kostspieligen Wahlkämpfe sowie das gleichzeitige Verbot der kommerziellen Betätigung. Es bedurfte daher größeren Landbesitzes, um überhaupt die notwendigen Mittel zur Deckung der laufenden Ausgaben als Senator zu haben. Der Senat war nicht nur eine Versammlung der reichsten und anerkanntesten Männer der Republik, sondern hatte auch die Rolle des kontrollierenden und leitenden Gremiums aller wichtigen politischen Angelegenheiten inne. Der Senat bestimmte die Richtlinien der Politik, prägte die Außenpolitik und hatte durch sein faktisches Initiativrecht entscheidenden Einfluss auf die Gesetzgebung.

Der Senat bildete zwar das Machtzentrum der Republik, stand allerdings gleichzeitig in einem konstruktiven Spannungsverhältnis zu den Volksversammlungen. Die Volksversammlungen mussten der Wahl von Magistraten und allen Rechtsakten zustimmen. Genauso war ihre Zustimmung zur Verhängung von Todesurteilen, von Krieg und Frieden und dem Abschluss sowie der Auflösung von Bündnissen notwendig. Formal war damit das römische Volk der Inhaber der Souveränität. Gleichzeitig allerdings hatte sich die Praxis etabliert, dass die Volksversammlungen im Normalfall nur über Vorlagen entschieden, die der Senat zuvor diskutiert und akzeptiert hatte. Der Senat hatte damit in der römischen Republik eine faktische Bedeutung, die weit über die formale

Verfassung hinausging. Den Senat nicht zu respektieren, hieß für einen einfachen Römer, den Staat nicht zu respektieren. Dieser Respekt wurde in der römischen Republik durch einen kontinuierlichen und intensiven Fluss von Kommunikationen immer wieder aktualisiert. Von Senatoren wurde erwartet, dass sie permanent im öffentlichen Raum präsent waren und ihre Ansprechbarkeit als ähnlich wichtig behandelten wie ihre anderen Funktionen als Patron, als Magistrat und sogar als Feldherr.<sup>145</sup> Es war diese besondere Organisation eines informellen Kompromisses zwischen Herrschenden und Beherrschten, die wesentlich verantwortlich für die lange Phase politischer Stabilität der römischen Republik war. Mit Sullas Marsch auf Rom und seinem offenen Angriff auf die Partei der Popularen sowie die Rechte der Volksversammlung wurde dieser Konsens aufgekündigt. Tribunen wurde das Recht genommen, Rechtsakte zu initiieren und ehemaligen Amtsinhabern die Möglichkeit verwehrt, jemals wieder ein anderes Amt auszuüben. Ebenso wurde das Recht der Tribunen aufgehoben, Rechtsakte des Senates mit einem Veto zu belegen. Spätestens mit diesen Maßnahmen war die konstruktive Spannung zwischen Senat und Volksversammlung einseitig zu Gunsten des Senates gekippt. An die Stelle der kommunikativen Verständigung sollte für die verbleibenden Jahre der Republik die immer kompromisslosere Konfrontation zwischen den Lagern der Optimaten und der Popularen treten.

Auch in der katholischen Kirche fand in der Spätphase ihrer Hege- monie ein Konzentrationsprozess politischer Macht statt. Bis in das 15. Jahrhundert verstand sich die Kirche als Gemeinschaft – als *Communio* von Ortskirchen, denen Bischöfe vorstanden. Der Papst war hier quasi der *primus inter pares*, der als Bischof von Rom, nur dann von seinen Standesgenossen konsultiert wurde, wenn sich die Synoden nicht einigen konnten. Diese horizontale Organisation ging mit dem zunehmenden Reformdruck im 15. und 16. Jahrhundert unter. Schon die Konzile des 15. Jahrhunderts in Konstanz und Basel waren von heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Papst und den anderen Bischöfen und Kardinälen gekennzeichnet, ob der Papst die Lehrmeinungen der anderen Bischöfe zu übernehmen oder ob letztlich der Papst das letzte Wort hätte. Dieser Streit sollte mit dem Scheitern der Konzilsbewegung und letztlich mit dem Konzil von Trient seine Auflösung finden.<sup>146</sup> Das Konzil bestätigte hier die faktisch schon im späten 15. Jahrhundert deutlich gewordene letztliche Autorität des Papstes, indem sie alle ihre Beschlüsse dem Papst zur Bestätigung vorlegte. Auf weitere Forderungen nach Ein-

richtung von Reformkonzilen reagierte Papst Pius II. 1460 mit der Ankündigung, dass zukünftig jeder exkommuniziert würde, der von ihm die Einberufung eines Allgemeinen Konzils verlangte. Das Papsttum bewegte sich spätestens jetzt immer deutlicher in eine Richtung, die jegliche Kritik unterdrückte, intermediäre Strukturen abschnitt und politische Macht zu konzentrieren suchte. Die ehemalige Gemeinschaft der Gläubigen wurde so unter dem Eindruck wachsender sozialer und religiöser Konflikte sukzessive in eine autoritäre monarchische Struktur überführt, die Kritik nicht aufzunehmen, sondern zu kriminalisieren suchte. Die Exkommunikation von Dissidenten war hier nur der offensichtlichste Ausdruck dieses pathologischen Lernprozesses.

Nicht weniger deutlich wird die politische Machtanmaßung im Fall Ludwig XVI. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war die französische Krone noch immer von dem Bodin'schen Souveränitätskonzept geprägt, das Absolutismus und Staatlichkeit in eins setzte und den König als alleinigen legitimen Ort der Macht verstand. Der zunehmende Protest der Bauern und später auch der Städter war vor diesem Hintergrund für den König schwer verstehbar und noch schwerer annehmbar. Schon gar nicht war er auf eine Weise politisch bearbeitbar, die auf Machtteilung und Rücknahme des absolutistischen Anspruches hätte hinauslaufen können. Auf den wachsenden Protest reagierte der König nicht mit Einsicht und Reform, sondern mit einer Betonung seines Anspruches. Er folgte hier ganz seinem Großvater Ludwig XV., der 1766 gegenüber dem Parlement von Paris in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht hatte, dass es neben ihm keine weitere legitime Macht im Staat geben könne:

»Allein meine Person vereint in sich alle souveräne Macht. [...] Meine Gerichte haben ihre Autorität nur von mir allein. Die ganze Fülle dieser Autorität, die sie nur in meinem Namen ausüben, gehört immer nur mir. [...] Allein mir steht die Gewalt der Gesetzgebung ohne irgendeine Abhängigkeit oder Einschränkung zu. [...] Die gesamte öffentliche Ordnung, die Rechte und Interessen der Nation sind ein Ausfluss meines Willens.«<sup>147</sup>

Die Anklänge an Jean Bodin sind offensichtlich. Die moderne Idee, dass Recht eben nicht nur herrschaftsermöglichendes, sondern auch herrschaftsrestringierendes Moment ist, war dem absolutistischen Denken fremd. Die Parlamente sollten nicht den König kontrollieren, sondern müssten sich selbst in die Rolle eines Instrumentes königlicher Herrschaft bescheiden. »Die Souveränität«, so Bodin, »ist eine höchste

Gewalt über Bürger und Untertanen, gelöst von den Gesetzen.«<sup>148</sup> Die Macht des Souveräns müsse also notwendig unbegrenzt und absolut sein, da jede Relativierung die Gefahr des Bürgerkrieges einschließe und damit des Rückfalls in den selbstzerstörerischen Naturzustand. Der politische Starrsinn, mit dem Ludwig XVI. neue Steuern zur Finanzierung von Projekten wie der Unterstützung der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung erließ, brachte ein Denken zum Ausdruck, in dem die Idee der Repräsentation auf die Selbstdarstellung des Fürsten beschränkt war. Für das Wohlergehen des Volkes fand sich hier noch keine Grundlage. Wesentlich verantwortlich für diese Ignoranz war die Überzeugung des Absolutismus, dass sich Herrschergewalt ausschließlich über die zentrale Aufgabe der Bewahrung des inneren Friedens legitimierte.<sup>149</sup> Hierzu war jedes Mittel recht, da der Frieden als Vorbedingung aller anderen politischen Güter verstanden war. Die moralische Entlastung der Herrschaft und ihre alleinige Legitimierung aus dem inneren Frieden war zwar verständlich aus der Erfahrung der französischen Religionskriege, trug aber wesentlich dazu bei, dass die politische Herrschaft von dem Moment an ihre Legitimation zu verlieren begann, als der innere Frieden als selbstverständlich angesehen wurde und damit keine hinreichende Begründung mehr für die absolute Herrschergewalt abgab. Der Absolutismus trug so verstanden bereits den Keim seiner eigenen Überwindung in sich. Er war ein wichtiges und vielleicht sogar notwendiges Instrument zur Etablierung des intern befriedeten Flächenstaates und des Aufbaus einer staatlichen Infrastruktur sowie der Etablierung zentral verwalteter Territorialstaatlichkeit. Hierzu bedurfte es einer Zähmung des Schwertadels durch seine Anbindung an den Hof, der engen Verknüpfung zwischen Kirche und König sowie der Durchsetzung des Prinzips des »*cuius regio, eius religio*«. Der Erfolg dieses Projektes bedeutete gleichzeitig allerdings auch seine Überholtheit. Wo der Frieden garantiert ist, braucht es keinen Tyrannen mehr, der ihn erzwingt.

Vielleicht noch tragischer war die vollständige Selbstüberschätzung der eigenen Macht des Zentrums im Fall des europäischen Staatensystems der Zwischenkriegszeit. Die Siegermächte und insbesondere die französische Regierung versuchten, internationale Politik unter den Bedingungen volkswirtschaftlicher Interdependenz unabhängig von innerstaatlichen politischen Prozessen in Deutschland formulieren zu können. Die Idee, dass hier ausgelöste politische Verwerfungen und politische Ermächtigungen nationalistischer Kräfte wiederum auf sie

selbst und auf das europäische Staatensystem zurückwirken könnten, war nicht präsent. Die Möglichkeit eines Ausbrechens Deutschlands aus der internationalen Herrschaftsordnung war trotz aller deutlichen Ausführungen hierzu in den einschlägigen nationalsozialistischen Publikationen keine relevante Größe in den Politiken der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Hitler führte bereits Mitte der zwanziger Jahre deutlich und für jeden lesbar aus, dass der Weg Deutschlands zu einer ihm angemessenen Rolle in der Welt nur über eine Ausdehnung des eigenen Territoriums erfolgen könne. Die Ausdehnung des deutschen Territoriums wird hier als »oberster Gesichtspunkt jeder Außenpolitik« bezeichnet und der Einsatz von militärischer Gewalt als notwendiges Instrument legitimiert.<sup>150</sup> Die spätere Katastrophe des Zweiten Weltkriegs vorwegnehmend heißt es hier: »Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.«<sup>151</sup> Frankreich wird als »Todfeind« bezeichnet und eine künftige militärische Konfrontation als unausweichlich beschrieben.<sup>152</sup>

Ein wesentlicher Grund für diese Selbstüberschätzung der Macht des politischen Zentrums des europäischen Staatensystems, internationale Politik unter Missachtung innenpolitischer Verwerfungen formulieren zu können, lag in den nur schwach ausgeprägten intermediären Strukturen. Die heute so zahlreich und politisch präsent die internationale Politik bevölkernden Nichtregierungsorganisationen (NROs) existierten noch kaum. Aus dem Vergleich mit der heutigen Politik wird dieses Defizit deutlich. Zentrum und Peripherie des internationalen Staatensystems sind heute durch dichte kommunikative Strukturen miteinander verbunden. NROs greifen internationale Themen auf und kommunizieren sie in die innerstaatliche Politik. Gleichzeitig repräsentieren sie in der internationalen Politik innerstaatliche Problemsichtweisen. Beides zusammen hat über die Zeit zu einer kommunikativen Vernetzung geführt, die auf ansonsten übersehene Problemlagen aufmerksam macht, den Schwachen eine Stimme verleiht und für alternative Realitätsdeutungen sensibilisiert. In der Zwischenkriegszeit existierte die Vernetzung durch international organisierte Interessengruppen noch nicht. Regierungen waren weitestgehend autonom in der Gestaltung internationaler Angelegenheiten und nur von den Anliegen ihrer nationalen Wählerschaften und Interessengruppen kontrolliert.

### 4.3.3 Pathologisches Lernen

Die hohe Machtkonzentration und mangelhafte Responsivität der vier hier untersuchten Ordnungen war ursächlich verantwortlich für die politische Zuspitzung der jeweiligen sozialen Konflikte. Die grundlegende These dieses Buches, dass die Lautstärke kritischer Rückmeldungen aus der Peripherie zunimmt, wenn diese vom Zentrum kontinuierlich ignoriert werden und dass aus konstruktiver Kritik Protest und letztlich Widerstand wird, findet in den vier behandelten Fällen deutliche Belege. Ignorierte Beschwerden führten in allen vier Fällen dazu, dass die Regeladressaten in der Peripherie vom Verständigungs- in den Verhandlungs- und letztlich in den Konfrontationsmodus wechselten. Kritische Rückmeldungen über institutionelle Strukturen und die Problematisierung ihrer Legitimität gehen spätestens jetzt am politischen Zentrum nicht mehr spurlos vorbei. Kritik wird jetzt nicht mehr konstruktiv in eine Verbesserung der kommunikativen Strukturen zwischen Zentrum und Peripherie überführt, sondern im Rahmen pathologischen Lernens als Motiv für Abschottung des Zentrums gegenüber Rückmeldungen aus der Peripherie verwandt. Angegriffene Institutionen weisen Kritik an ihrer Praxis entweder zurück, erklären sie als illegitim oder verfolgen sie mit offener Repression. Derartiges pathologisches Lernen findet innerhalb des Zentrums dann statt, wenn Institutionen ihre Energie darauf konzentrieren, sich für ihre dysfunktionalen Praktiken zu rechtfertigen und diese sogar noch betonen, anstelle sie anzupassen. Sie intensivieren dann ihre Bemühungen, ohne aber alternative Formen der Repräsentation und Problembearbeitung zu entwickeln. Die Zentren von Herrschaftsordnungen fangen spätestens jetzt an, zu lernen. Diese Lernprozesse können kritische Rückmeldungen aus der Peripherie konstruktiv aufgreifen und in eine Reform der Herrschaftsordnung überführen. Genauso gut können sie aber auch pathologische Form annehmen und neue Instrumente der Repression entwickeln. In allen vier hier beschriebenen Fällen des Verfalls von Herrschaftsordnungen lassen sich starke Elemente pathologischen Lernens beobachten.

Die Forderungen der römischen Plebejer prallten an den Senatoren der römischen Republik genauso ab, wie die Volksversammlung es nicht vermochte, sich über das faktische Initiativrecht des Senates hinweg zu setzen. Der soziale Konflikt stieß auf eine institutionelle Ordnung, die nicht in der Lage war, Maßnahmen zu entwickeln mittels derer der Unmut der verarmten Bauernsoldaten hätte konstruktiv aufgenommen

werden können. Anstelle dessen ging die Republik seit der Heeresreform von Marius sukzessive dazu über, aus der ehemaligen Bauernarmee eine Berufsmarine zu machen, in der Feldherren als private Gewaltunternehmer die Kosten für die Bewaffnung der Soldaten übernahmen und diese durch militärische Eroberungen zu refinanzieren suchten. Der römische Senat beschritt hier einen Weg des gleichzeitigen sensorischen und prozeduralen pathologischen Lernens, indem er einen Weg wählte, der es ihm ermöglichte, die sich zuspitzende soziale Krise zu ignorieren. Ehemalige Bauern wendeten sich künftig nicht mehr an den Senat mit der Forderung nach sozialer Unterstützung, sondern an ihren jeweiligen Feldherren. Für den Senat war damit die Frage der Agrarreform vorläufig zumindest entschärft. Gleichzeitig begann hier aber auch eine verhängnisvolle Entwicklung. Da die Soldaten nach Ableistung ihres Wehrdienstes auf keinen Acker zurückkehren konnten und entsprechend auch über keine Altersversorgung mehr verfügten, waren sie auf Gedeih und Verderb ihren Feldherren ausgeliefert. Von ihnen würden sie in Zukunft davon abhängig sein, im Zuge von Eroberungskriegen Beute zu machen und nach Abschluss des Feldzuges versorgt zu werden. Die hiermit geschaffene starke Abhängigkeit der Soldaten von ihrem Feldherrn führte dazu, dass sich die Loyalität der Soldaten zunehmend an den jeweiligen Feldherrn band und sich zunehmend von der Republik ablöste. Römische Soldaten würden künftig nicht mehr für die Republik und Rom, sondern für ihren General und das versprochene Land kämpfen.

Pathologisches Lernen lässt sich ebenfalls in der katholischen Kirche in Reaktion auf die lauter werdenden Proteste beobachten. Die Beschwerden reformorientierter Kleriker und protestantischer Prediger hatten im späten 15. Jahrhundert keine Chance, die Mauern des sakralen Establishments zu durchdringen und in den verschiedenen Synoden echte Reformen zu bewirken. Es gab zwar eine Reihe von synodalen Versuchen, die römische Kirche zu reformieren und neben der Überwindung der verschiedenen Schismen auch auf die vielen Beschwerden bezüglich der Verweltlichung der Kirche einzugehen, doch scheiterten alle diese Versuche letztlich. Die Kurie ignorierte die lauter werdenden Forderungen nach Abstellung des Ablasshandels und der Simonie und konzentrierte sich anstelle dessen darauf, abweichende protestantische Reformer zu verbrennen und ihre Ideen zu unterdrücken sowie – als zentralem Thema – das Schisma der Kirche zu überwinden. Das Scheitern der Kirchenreform im Konzil von Basel führte in der Konsequenz

dazu, dass sich der Reformgedanke vom Konzilsgedanken löste und die zukünftigen Reformbemühungen mit dem Protestantismus einen neuen und außerkirchlichen Weg finden mussten. Der Versuch, dem Papst ein inhaltliches Korrektiv an die Seite zu stellen und auf die vielen Beschwerden bezüglich der verweltlichten Praktiken der Kirche einzugehen, kam damit an ein Ende. Die Vergabe von Kirchenämtern sollte künftig noch weniger als bisher an formale Qualifikationen geknüpft, sondern hemmungslos als Einnahmequelle für die Kurie genutzt werden. Das Ende der Konzilsbewegung wurde von den folgenden Päpsten als Freibrief interpretiert, das Amt zur Versorgung ihrer Familienmitglieder zu missbrauchen und jegliche Skrupel fallen zu lassen, sich hemmungslos zu bereichern. Auch der Ablasshandel hatte jetzt Hochkonjunktur. Sowohl der Papst als auch lokale Kirchenfürsten verkauften an Gläubige das Versprechen, gegen die Zahlung eines Geldbetrages einen Teil ihrer Sünden erlassen zu bekommen. Das Papsttum der Renaissance diskreditierte sich in den folgenden Dekaden so sehr, dass in ganz Europa Kanzelredner in flammenden Worten den Verfall der Sitten und die Praktiken der Ämterhäufung und des Ämterkaufes geißelten. Der Auszug aus der »römischen Tyrannei« wurde mit der biblischen Flucht der Kinder Israels aus der ägyptischen Gefangenschaft verglichen. Die Päpste agierten jetzt zunehmend als nahezu absolutistische Herrscher ihrer Kirche. Jeglicher nördlich der Alpen geäußerte Unmut prallte an ihnen wirkungslos ab. Ämterhäufung, Ämterverkauf und eine weitere Verweltlichung der Kurie waren nicht aufzuhalten. Die Entfremdung zwischen den Territorien des Heiligen Römischen Reichs und Roms nahm weiter zu.

Pathologisches Lernen lässt sich ganz ähnlich in der Spätphase des absolutistischen Ancien Régime beobachten. Das absolutistische Regime stand schon seit vielen Jahren aus einer ganzen Reihe von Gründen in der Kritik. Die Idee des Gottesgnadentums, die steuerpolitische Willkür, die Armut auf dem Land und die geringe politische Beteiligung des aufstrebenden Bürgertums waren überwindungsbedürftige Relikte der Vergangenheit. Das absolutistische Regime hätte sich möglicherweise weiter an der Macht halten können, wenn die absolute in eine konstitutionelle Monarchie verwandelt, die alten Vorrechte des Adels zurechtgestutzt und die Vielfalt an Steuerprivilegien im Rahmen einer großen Steuerreform abgeschafft worden wären. Die grundsätzliche Möglichkeit eines solchen Vorhabens und des konstruktiven Lernens aus der Vielzahl kritischer Rückmeldungen wurde durch die Vorschläge

des Reformministers Turgot verdeutlicht. Genauso war sein Scheitern am vereinten Widerstand von König und Adel allerdings auch Ausdruck der Unfähigkeit des Regimes, diesen Weg zu gehen. Anstelle dessen sieht die Spätphase des Ancien Régime eine Reihe von Erscheinungsformen pathologischen Lernens, die jede Einsicht in die grundlegende Reformbedürftigkeit des Systems vermissen lassen. Der Versuch, die eigene Legitimität durch eine Re-Theologisierung der Herrschaft wieder herzustellen, bewirkte eher das Gegenteil. Das schon damals als bizarr empfundene Spektakel der Salbung des Königs verfehlte vollständig seine beabsichtigte Wirkung der Wiederherstellung traditioneller Legitimität und führte bei den meisten Zeitgenossen nur noch zu Bestürzung und Unverständnis. Auch die Beschränkung hoher Ämter in Militär und Administration auf den Schwertadel konnte das Regime nicht mehr stabilisieren, sondern behinderte lediglich die Möglichkeit, das aufsteigende Bürgertum stärker in das Regime einzubinden. Prozedurales pathologisches Lernen war damit in der Spätphase des französischen Absolutismus strukturell begründet. Das System basierte auf einer Konzeption von Legitimität, die sich jeder ernsthaften Reform kategorial verschloss.

Auch die Spätphase des europäischen Staatensystems war von pathologischem Lernen geprägt. Das Ende des Ersten Weltkrieges wurde von den Siegermächten nicht als Chance für eine Neuverfassung des europäischen Staatensystems genutzt, sondern brachte seitens der französischen Regierung Revanchismus und den Versuch zum Ausdruck, Deutschland als sicherheitspolitischen Machtfaktor auszu-schalten. Der Vertrag von Versailles wurde quer durch alle Parteien in Deutschland als ein aufoktroiertes Instrument der Sieger wahrgenommen, das zu wenig Luft zum Atmen lasse. Die zur Durchsetzung der Reparationsforderungen vollzogene Besetzung des Rheinlandes durch Frankreich schürte diese Idee noch zusätzlich. Der Vertrag von Versailles brachte genauso wie der kurz zuvor von Deutschland dem Russischen Reich aufgezwungene Vertrag von Brest-Litowsk die alte Idee der Unterwerfung eines besiegten Landes zum Ausdruck und kannte weder das Ziel der Völkerverständigung noch die Idee einer internationalen Gemeinschaft. Der Vertrag von Versailles kann damit als eines der letzten großen europäischen Dokumente verstanden werden, die die Idee internationaler Gegnerschaft zum Ausdruck brachten. Diese Idee stand bereits damals in einem offenen Widerspruch zu der neuen Realität einer faktisch eng verknüpften europäischen Welt, in der

keine Herrschaftsordnung mehr Bestand haben konnte, in der die miteinander verflochtenen Staaten sich wechselseitig nur noch als Gegner wahrnehmen. Dieses weitgehende Fehlen eines politischen Ortes, der in der Lage gewesen wäre, Verantwortung zu übernehmen, wurde durch die mangelnde Institutionalisierung der deutsch-französischen Beziehungen sowie das völlige Fehlen einer vorausschauenden Europapolitik unterstrichen.

Pathologisches Lernen war allerdings nicht auf Frankreich beschränkt, sondern lässt sich durchgängig im europäischen Staatensystem der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts beobachten. Spätestens nach der italienischen Aggression in Abessinien 1934 und der ausbleibenden Verhängung von effektiven Sanktionen seitens der Staatengemeinschaft war klar, dass der Völkerbund gescheitert war. Der hohe Anspruch, mit dem der US-Präsident Woodrow Wilson seine Gründung betrieben hatte, nämlich »die Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und getragen von der organisierten Meinung der Menschheit«<sup>153</sup> war zu keinem Zeitpunkt realistisch. Es hatte zwar eine Vielzahl von Vorstößen gegeben, den Völkerbund zu reformieren, den Krieg zu ächten und den Sanktionsmechanismus des Völkerbundes effektiver zu machen,<sup>154</sup> doch scheiterten diese Reformen entweder oder vermochten es nicht, der gleichzeitigen Aufrüstung vieler Staaten etwas entgegenzusetzen. Die Frage, welche Auswirkungen nationale Entscheidungen in den USA für die Demokratie und Stabilität in Europa hätten, war Ende der zwanziger Jahre in Washington kein relevantes Thema. Prozedurales pathologisches Lernen prägte auch den Umgang mit der Weltwirtschaftskrise. Die USA spielten hier eine besonders unrühmliche Rolle. Um die überhitzte Konjunktur in den USA abzukühlen, erhöhte die Federal Reserve 1929 die Leitzinsen und provozierte damit einen Abfluss von Devisen aus Europa in die USA. Um hier entgegenhalten zu können, mussten Frankreich und England nachziehen und damit Deutschland nötigen, ebenfalls höhere Leitzinsen zu verhängen. Hieraus resultierte ein Teufelskreis weiterer restriktiver Wirtschaftsmaßnahmen mit dem Ergebnis, dass die Kreditvergabe an Unternehmen einbrach und die Konjunktur weiter verlangsamte. Prozedural pathologisches Lernen griff danach auf den Handel über. Mit dem Smoot-Hawley Gesetz erhöhten die USA 1930 zusätzlich die Zölle auf mehr als 30.000 Produkte und machten es Deutschland, Frankreich und England fast unmöglich, die nötigen Einnahmen zu erzielen, um damit ihre Schulden gegenüber den USA zu

bedienen. Auch hier kam es wieder zu einer Reihe kompetitiver Gegenreaktionen in Form erhöhter Zölle für Importe, um den Kapitalabfluss zu verringern und die internationale Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahmen führten insgesamt zu einer immer weiteren Kontraktion des internationalen Handels und letztlich einem kollektiven Abwürgen der Weltwirtschaft.

In allen vier Fällen können wir Maßnahmen pathologischen Lernens seitens des politischen Zentrums beobachten, die die zentralen Konflikte der jeweiligen Ordnung noch weiter verschärften. Die Einführung einer Berufsarmee in der späten römischen Republik, die weitere Monetarisierung der sakralen Dienstleistungen und des Ämterverkaufs in der katholischen Kirche, die Reformverweigerung und der Versuch der Resakralisierung des Königtums im absolutistischen Frankreich sowie die unilateralistischen Politiken Frankreichs und der USA in der Weltwirtschaftskrise sind alles deutliche Beispiele für pathologisches Lernen. Die regierenden politischen Eliten verschanzten sich in ihren jeweiligen Strukturen und wehrten alle Forderungen nach Reformen ab.

Diese empirischen Einsichten belegen damit die These, dass Politik vom Routinemodus in den Problemmodus und von der sozialen Krise in die institutionelle Krise übergeht, wenn eintreffende Signale über die Zeit ignoriert und so laut werden, dass sie die Funktionsweise bestehender institutioneller Routinen stören. In der politischen Praxis drückt sich der beginnende Problemmodus in einer ansteigenden Intensität von Kommunikationen und veränderten Protestformen aus. Aus verständigungsorientierten oder zumindest institutionell kanalisierten politischen Debatten werden Gravamina, Beschwerden und Proteste. Die römischen Gracchen mobilisierten die Volksversammlung gegen den Senat, Luther nagelte seine Thesen an die Kirche zu Wittenberg, die französische Generalversammlung der Stände weigerte sich, wieder auseinander zu gehen und die deutsche Bevölkerung brachte in der Zwischenkriegszeit zunehmende Sympathien für revisionistische politische Positionen zum Ausdruck. Im Problemmodus reagiert die Peripherie auf die mangelnde Responsivität des Zentrums mit einer Erhöhung der Lautstärke.

Diese Erkenntnisse sind nicht grundsätzlich neu, sondern finden sich auch in der revolutionsanalytischen Literatur. Theda Skocpol hat die zentrale Bedeutung responsiven Verhaltens des Zentrums in Reaktion auf soziale Krisen am Beispiel der französischen, der russischen und der chinesischen Revolutionen unterstrichen und gezeigt, dass die

Fähigkeit und Bereitschaft zur Änderung als ungerecht empfundener Produktionsweisen von entscheidender Bedeutung für den weiteren Konfliktverlauf ist.<sup>155</sup> Ob es zu friedlichem Protest oder zu gewalttätiger Rebellion kommt, so auch Gurr, hängt wesentlich davon ab, »whether state institutions and resources favor repression or accommodation of group demands«.<sup>156</sup> Politische Institutionen können verantwortungsvoll reagieren und die Abstellung benannter Missstände auf ihre politische Agenda setzen, sie können sich für schlicht nicht zuständig erklären und dem Protest teilnahmslos gegenüberstehen oder sie können mit offener Repression reagieren. Alle drei Verhaltensweisen lassen sich immer wieder beobachten. Die vier Fälle können ebenfalls als deutlicher Beleg dafür gewertet werden, dass institutionelle Krisen leicht zu vollentwickelten Legitimationskrisen einer Herrschaftsordnung werden, wenn auch diese »lautstarken« Kommunikationen vom Zentrum nicht gehört werden. Eine auf tiefen sozialen Verwerfungen beruhende Kritik an einer bestehenden politischen Praxis wird im Fall ihrer Missachtung eher lauter und stellt diese Institutionen sogar insgesamt zur Disposition, als dass sie verstummt. Derartige grundlegende Infragestellungen finden sich in der späten römischen Republik spätestens mit dem zweiten Versuch der Gracchen, eine Agrarreform gegen den Senat durchzuführen und mit den zugespitzten Thesen Luthers über die Unmittelbarkeit des Menschen zu Gott. In beiden Fällen wird hier die grundlegende Systemfrage gestellt. Das Gleiche passierte mit der Transformation der französischen Generalstände zur Nationalversammlung und der impliziten Zurückweisung der Souveränität des Königs sowie letztlich auch mit der Wahl der NSDAP und damit einer offen revisionistischen Partei in Deutschland. Die resultierende zugespitzte Konfrontation trieb in allen diesen Fällen das institutionelle Zentrum in eine Verteidigungshaltung, in der die kommunikative Verbindung zur Peripherie gelockert oder sogar abgebrochen wurden. Die Optimaten begannen mit Sulla ihre politischen Gegner für vogelfrei zu erklären, die Katholiken stellten an die Stelle der Ignoranz die Exkommunikation, der französische König schickte seine Truppen auf die Straßen von Paris, und Frankreich besetzte das Rheinland als die Reparationszahlungen ausblieben. In allen diesen Fällen haben wir deutliche Ausprägungen pathologischen Lernens und der Konzentration von politischer Energie auf die Unterdrückung kritischer Rückmeldungen. Die Selbstbewahrung des Systems, die Reduktion von irritierenden Informationen sowie der Abbau von kommunikativer Komplexität gegenüber der Umwelt trat an

die Stelle von institutionellen Anpassungen. Der Versuch der Verständigung zwischen den beiden Lagern der Optimaten und der Popularen wurde spätestens mit Sulla beendet und konnte auch vom späteren Triumvirat nur im Modus des vorübergehenden Waffenstillstandes wieder aufgegriffen werden. Die katholische Kirche und die Protestanten begannen sich ebenfalls immer weiter voneinander weg und hin zur offenen Konfrontation zu entwickeln. In Frankreich war mit der Abberufung Turgots das Fenster für die Reform endgültig geschlossen. Und die ohnehin nur recht spärlichen Versuche der Staatenwelt der Zwischenkriegszeit, gemeinsam gegen die wirtschaftlichen und politischen Krisensymptome vorzugehen, waren spätestens mit der einseitigen Verhängung der US-amerikanischen Importzölle Vergangenheit. In dieser letzten Phase des Verfalls einer politischen Herrschaftsordnung kommt es zu einer immer weiter gehenden Entkopplung von Zentrum und Peripherie mit der Folge weiter abnehmender Responsivität und verweigerter Anpassung des Zentrums. Der inzwischen tief in eine Verteidigungsstellung eingegrabene und zu konstruktivem Lernen unfähige politische Wille kollidiert jetzt immer heftiger mit Forderungen nach Veränderung und treibt die Entfremdung von Zentrum und Peripherie voran.

Pathologisches Lernen ist allerdings kein Automatismus. In allen hier diskutierten Fällen pathologischen Lernens hätte es durchaus Gelegenheit für das politische Zentrum gegeben, die Kritik aus der politischen Peripherie konstruktiv aufzunehmen und in eine Reform des politischen Willens oder zumindest der institutionellen Ordnung zu überführen. Der römische Senat hätte die weitverbreitete Praxis der Sklaverei auf römischen Latifundien einschränken und die Agrarreform der Gracchen unterstützen können. Beide Maßnahmen zusammen hätten die Proletarisierung der römischen Bevölkerung gestoppt, die Notwendigkeit einer Berufarmee verringert und die institutionelle Krise Roms abwenden können. Die katholische Kirche hätte auf die Beschwerden aus dem Deutschen Reich frühzeitiger reagieren und die bekannten Missstände abstellen können. Der französische König hätte die Reformen Turgots frühzeitig und nachhaltiger unterstützen können und die kostspieligen militärischen Anstrengungen in Amerika unterlassen können. Und die USA, Frankreich und Großbritannien hätten sensibler mit der politischen Situation in Deutschland umgehen und langfristige Kreditlinien bereitstellen können, um ein weiteres Abrutschen in die Diktatur zumindest unwahrscheinlicher zu machen. Alle

diese Maßnahmen hätten ergriffen werden und die jeweiligen tiefen Legitimationskrisen vermeiden können. Anstelle dessen radikalisierte sich der Widerstand des römischen Senates gegen die Forderungen der Popularen und ließ es zu, dass aus der ehemaligen Bauernarmee eine professionalisierte Berufsarmee mit einer republikunabhängigen Loyalität wurde. Der Papst trieb die Protestanten durch seine Reformunwilligkeit und konfrontative Politik immer weiter in den Widerstand und trug maßgeblich zu seiner Radikalisierung bei. Ludwig XVI. zeigte sich so lange resistent gegenüber allen Reformvorschlägen, bis es zu spät und die Ständeversammlung sich zur Nationalversammlung transformiert und umfassende Souveränitätsansprüche gegen die bestehende Herrschaftsordnung erhoben hatte. Genauso waren die alliierten Siegermächte des Ersten Weltkrieges erst dann bereit, sozial responsive internationale Institutionen aufzubauen, als die alte internationale Welt bereits in einem mörderischen Krieg unterging. Eine Wiederholung solcher Fehler dadurch zu vermeiden, dass die ihnen gemeinsamen Merkmale verstanden werden, ist der tiefere Sinn einer politikwissenschaftlich angeleiteten Interpretation europäischer Geschichte.

#### 4.3.4 Alte und neue Intermediäre

Es drängt sich die Frage auf, weswegen die jeweils herrschenden Eliten in den vier hier betrachteten Fällen solchen massiven Fehleinschätzungen unterlagen und weswegen sie die Gefahren für die bestehende Herrschaftsordnung so grundlegend unterschätzten. Barbara Tuchman weist auf die »Torheit der Regierenden« hin.<sup>157</sup> Immer wieder komme es vor, so Tuchman, dass eine ganze Gruppe von herrschenden Individuen trotz lauter Warnungen und praktikabler Handlungsalternativen kontraproduktive Maßnahmen ergriffen und damit – in unserer Terminologie – Prozesse pathologischen Lernens beförderten. Zur Begründung führt Tuchman an, dass die Regierungskunst sich in den letzten zweitausend Jahren nicht sonderlich weiterentwickelt habe, sondern noch immer auf dem Stand der Antike geblieben sei. Auszugehen sei von einer grundlegenden Unfähigkeit politischer Eliten, im Vorfeld Gefahren zu erkennen, die im Nachhinein so offensichtlich sind. Tuchman verweist hiermit auf eine Grundkonstante in der europäischen Politik, die sich quer durch die Jahrhunderte und Jahrtausende zu ziehen scheint: Noch zu allen Zeiten hatten Entscheidungsträger massive Schwierigkeit da-

mit, den kognitiven Horizont ihrer Zeit zu überwinden. Eliten sind Kinder ihrer Zeit und in den Handlungs- und Legitimationsmustern verfangen, innerhalb derer sie sozialisiert wurden. Das antike Athen entschied sich im Peloponnesischen Krieg in demokratischer Abstimmung dafür, alle männlichen Bewohner der Insel Melos umzubringen und alle Frauen und Kinder zu versklaven. Die Sklaverei wurde von Aristoteles und Platon als natürliche Ordnung der Dinge gerechtfertigt. Julius Cäsar wurde in Rom ein Triumphzug dafür ausgerichtet, dass er grundlos Gallien unterworfen und für den Tod von Millionen von Menschen verantwortlich war. Es war bis ins 17. Jahrhundert gängige Praxis der Kriegsführung, die gegnerische Landbevölkerung umzubringen oder zumindest deren Felder und Dörfer zu verwüsten. Und noch bis ins 19. Jahrhundert war es im Krieg durchaus üblich, alle Gegner, derer man habhaft werden konnte, schlicht umzubringen, ohne auch nur daran zu denken, dass man sie ja auch gefangen nehmen könnte. Mao Tsetung führte die Kulturrevolution in China durch und nahm hierbei sehenden Auges den Hungertod von Millionen eigener Landsleute in Kauf. Und so weiter und so fort. Diese Aufzählung von offensichtlich moralisch völlig inakzeptablen Handlungen, die gleichwohl vor dem Hintergrund der zur damaligen Zeit und am jeweiligen Ort herrschenden Normen als legitim galten, muss uns zu einer gewissen Grundskepsis gegenüber der zeitenthobenen Validität unserer eigenen Werte motivieren. Nur zu häufig sind Entscheidungsträger, die sich auf dem Boden der Werte von Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten empfinden, so sehr von der moralischen Überlegenheit ihres eigenen gegenüber allen anderen Wertesystemen überzeugt, dass sie auch die größten Torheiten rechtfertigen. Auch im Namen der Demokratie und der Menschenrechte wurden schon massive Menschenrechtsverletzungen begangen. Der Krieg in Vietnam mit seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört hier genauso hin wie das Zulassen des tausendfachen täglichen Todes verhungender Kinder oder die globale Umweltzerstörung. Es wäre sehr erstaunlich, wenn zukünftige Generationen diese Dinge nicht beim Namen nennen und als Verbrechen an der Menschheit brandmarken würden.

In allen diesen Fällen zeigt sich ein gemeinsames Muster: Eliten handeln nicht nur machtbewusst, sondern in vielen Fällen mit einem bornierten Selbstbewusstsein, dass sich auch von offensichtlich ethisch inakzeptablen Konsequenzen nicht irritieren lässt. Pathologisches Lernen scheint politischen Eliten unabhängig von ihrem historischen Hintergrund tief eingeschrieben zu sein. Eliten generieren politische

Handlungen nicht schlicht aus partikularen Interessenlagen, sondern vor dem Hintergrund einer politischen Kultur und Ethik, die ihre Interessen gleichzeitig prägt und rechtfertigt. Politische Eliten zeichnen sich nicht nur durch Zugang zu Machtpositionen aus, sondern eben auch durch ein hohes Maß an Selbstgewissheit darüber, auf der richtigen Seite der Moral zu stehen. Politische Eliten leben und verinnerlichen ihre Ideologien und sind sich selten der historischen Kontingenz ihrer Überzeugungen bewusst. Als die spanischen Konquistadoren im 16. Jahrhundert in Mexiko einfielen waren sie natürlich auch von der schnöden Suche nach Gold motiviert. Sie fühlten sich gleichzeitig aber gerechtfertigt in ihrem Handeln, weil ihnen der Papst erst kurz zuvor die Oberhoheit über den westlichen Teil der Welt zugesprochen und ihnen den Auftrag der Unterwerfung und Missionierung aller vorfindbaren Völker erteilt hatte.

Zum Ausdruck kommt hier ein altes Thema, dass in der Sozialpsychologie unter dem Begriff der kognitiven Dissonanz behandelt wird. Kognitive Dissonanz bezeichnet einen als unangenehm empfundenen Gefühlszustand, der dadurch entsteht, dass ein Mensch miteinander im Widerstreit liegende und unvereinbare Wahrnehmungen, Gedanken, Meinungen, Einstellungen, Wünsche oder Absichten hat. Derartige Zustände werden als unangenehm empfunden und erzeugen Spannungen, die nach Überwindung drängen.<sup>158</sup> Übertragen auf unseren Gegenstand bedeutet das, dass die Ideologie der Macht leicht zur Macht der Ideologie werden kann. Rechtfertigungen, die ursprünglich als Begründung für den Machtanspruch einer Gruppe über eine andere Gruppe bemüht wurden, werden von der herrschenden Gruppe über die Zeit so weit rationalisiert, dass ihre handelnde Elite jedes kritische Bewusstsein gegenüber ihrer Begründetheit verliert. Die kognitive Dissonanz zwischen eigenen Überzeugungen und Einsichten auf der einen Seite und Handlungen auf der anderen Seite verschwindet und führt zu dem beschriebenen Phänomen einer selbstverliebten politischen Kultur. Wir fangen an, das für richtig und angemessen zu halten, was letztlich nicht mehr als unser bloßes Interesse ist. Diese Haltung beschränkt sich nicht auf Individuen und ihr Verhältnis zur normativen Bewertung von Handeln, sondern erstreckt sich auch auf politische Institutionen, die eigenständig Gründe zur Rechtfertigung ihres Handelns produzieren. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat diesen Zusammenhang prägnant auf den Punkt gebracht:

»[K]eine Macht [kann, JN] sich umstandslos in ihrer Rohheit, auf willkürliche Weise, ausüben [...]; sie muss sich tarnen, sich verbergen, sich dafür, dass sie existiert, wie sie es tut, rechtfertigen; es muss ihr gelingen, die Anerkennung ihrer Legitimität zu erwirken, indem sie die Verkennung der Willkür, die ihr zugrunde liegt, bewirkt.«<sup>159</sup>

In großen historischen Umbruchsphasen fehlt es oftmals genau an diesem kritischen Bewusstsein für die Kontingenz eigener Wertmaßstäbe. Die römischen Senatoren glaubten, das Recht zu haben, die ihnen bekannte Welt zu unterwerfen und die Päpste der Borgia hielten es für ihr gutes Recht, Kirchenämter zu verschachern; die Anhänger Robespierres fanden nichts daran, jeden auf die Guillotine zu schicken, der sich den von ihnen vertretenen Wahrheiten widersetzte und die Nazis wollten die Deutschen retten, indem sie einen großen Teil von ihnen umbrachten. Ignoranz, Borniertheit und Selbstüberheblichkeit finden sich immer wieder und sind eine offensichtlich wichtige Begründung dafür, weswegen pathologisches Lernen immer wieder auftritt.

Aber auch diese Borniertheit kommt nicht von ungefähr. Sie steht vielmehr in direktem Zusammenhang zu der Ausprägung intermediärer Strukturen zwischen Zentrum und Peripherie. Intermediäre Strukturen sind vermittelnde Instanzen. Sie haben die Funktion, das Zentrum über Anliegen, Sorgen und Nöte der Peripherie zu informieren sowie der Peripherie die vom Zentrum beschlossenen regulativen Akte zu kommunizieren. In der römischen Republik waren dieses öffentliche Reden von Amtsträgern vor der Volksversammlung, Begegnungen zwischen Patron und Klient oder auch Gerichtsverhandlungen; in der katholischen Kirche gehörten hierzu die Gravamina, Berichte von Bischöfen aus der Provinz an die Kurie oder auch Erklärungen der Kurie gegenüber den Gläubigen sowie die großen Synoden. Das französische Ancien Régime verwandte die Parlamente als wichtiges Instrument und das internationale Staatensystem der Zwischenkriegszeit kommunizierte über diplomatische Kanäle, internationale Konferenzen oder informellere Begegnungen zwischen staatlichen Repräsentanten. Alle diese Formen intermediärer Strukturen haben die wichtige Funktion, Zentrum und Peripherie kommunikativ zu verkoppeln und kontinuierliche Rückmeldungen über drängende Probleme und vorgesehene Problemlösungen zu transportieren. Hierzu müssen diese intermediären Strukturen breit ausgebaut sein, tief in die gesellschaftliche Lebenswelt eindringen und gleichzeitig vom Zentrum als wichtige Impulsgeber anerkannt sein. Empirisch

scheint diese Anerkennung allerdings nur dann wahrscheinlich zu sein, wenn das Zentrum selbst über nur begrenzte Machtressourcen verfügt und seine Legitimität über einen kontinuierlichen Prozess der Reaktion auf Kritik aktualisieren muss. Hoch konzentrierte Machtressourcen im Zentrum tragen hingegen die Wahrscheinlichkeit für sich, intermediäre Strukturen und kritisches Feedback eher als lästige Zumutung zu empfinden und entsprechend eher pathologische Formen des Lernens auszuprägen.

Die referierten Fälle unterstreichen diesen Zusammenhang und die Bedeutung, die intermediären Strukturen für die dynamische Anpassung und damit die langfristige Stabilität einer Herrschaftsordnung zukommt. Diese Strukturen waren in allen hier referierten Fällen entweder nur schwach ausgeprägt oder wurden im Laufe der sich zuspitzenden Krise abgebaut. Das alte System aus Patronage und Klienten konnte in der späten römischen Republik seine ehemals integrierende Funktion nicht mehr aufrechterhalten, sondern verkehrte sich in eine Ordnung der Mobilisierung der Gesellschaft für den Konflikt. Die beiden verfeindeten Lager der Optimaten und der Popularen orientierten ihre jeweiligen Klientelstrukturen immer deutlicher so, dass sie für die konfrontative politische Auseinandersetzung eingesetzt werden konnten. Gleichzeitig war die Plebs durch die Ausdehnung des Bürgerrechts auf weite Teile Italiens so stark angewachsen und so heterogen geworden, dass sie nicht mehr in der Lage war, sich zu einer eigenständigen und in sich geschlossenen politischen Gruppe zu formieren. Die Proletarisierung der ehemaligen Bauernsoldaten und die wachsenden sozialen Zerklüftungen in der spätrepublikanischen Gesellschaft zerrissen die gesellschaftsintegrierende Funktion des Klientelverhältnisses. Patrone suchten die Unterstützung ihrer Klienten nicht mehr dafür, Wahlen zu gewinnen und Ämter mit dem Ziel zu erobern, sich für die Republik einzusetzen. Immer mehr ging es jetzt darum, sich in einem zugespitzten Konflikt zwischen zwei unversöhnlichen Lagern zu behaupten. Senatoren ließen sich in der Spätphase der römischen Republik auf dem Weg zum Senat von einer nach Hunderten zählenden Anhängerschaft begleiten, um nicht unterwegs von gegnerischen Gruppen überfallen und erschlagen zu werden.<sup>160</sup>

Auch die intermediären Strukturen der katholischen Kirche erlitten tiefe Schäden während des 14. und 15. Jahrhunderts. Die Verdrängung der Laienprediger, die Monetarisierung von religiösen Dienstleistungen und die enge Verschmelzung von säkularer und sakraler Herrschaft

fürten über die Zeit zu einer tiefen Entfremdung zwischen der Kurie und ihren Gläubigen. Die ehemals so sehr in der Lebenswelt der Gläubigen verwurzelten Klöster wurden immer mehr zu Wirtschaftsbetrieben, die ihre religiösen Aufgaben der Erzielung von Gewinn nachordneten. Alle wichtigen Funktionen in der Kirche, vom Papst über den Bischof und bis zum Abt wurden von Adeligen ausgeübt, deren Lebensrealität sich fundamental von der Masse der Gläubigen unterschied und die zumeist nur wenig Interesse an der Seelsorge hatten. Die hier entstehende Lücke zwischen der Kirche und den Gläubigen wurde schon bald von den neuen protestantischen Intermediären ausgefüllt. Jan Hus, Ulrich Zwingli, Martin Luther und Thomas Müntzer waren hier nur die bekanntesten Figuren. Es handelte sich schon bald um einen europaweiten Prozess, der auch in England, dem Elsass und der Schweiz schnell Anhänger fand. Die neue Generation protestantischer Prediger verkündete nicht nur eine neue Interpretation der christlichen Lehre, sondern praktizierte gleichzeitig auch einen neuen Lebensstil und eine sehr viel enger an den Menschen orientierte Seelsorge. Viele der protestantischen Reformatoren verbanden Reformen der Liturgie und der Seelsorge mit sozialen Anliegen. Sie waren oftmals hervorragend geschult und gleichzeitig in der konkreten Seelsorge tätig. Für viele Gläubige zeigten sie damit ein vollständig neues Bild der christlichen Kirche und füllten die Leerstelle, die sich zwischen der abgehobenen und adelig geprägten Kirche in den Bischofssitzen und Klöstern einerseits und ihren oftmals des Lesens und Schreibens unkundigen Priestern vor Ort aufgetan hatte. Die protestantischen Prediger waren damit sehr viel mehr als bloße Reformatoren der katholischen Kirche. Sie erfanden vielmehr eine neue Form der Vermittlung zwischen der christlichen Lehre und den Menschen und waren damit potentiell in einer hervorragenden Position, zwischen dem Zentrum im Vatikan und den Gläubigen in der Peripherie vermitteln zu können. Dass die katholische Kirche dieses Angebot nicht annahm, sondern mit Repression und Verfolgung reagierte, ist einer ihrer vielleicht größten historischen Fehler gewesen.

Im späten Ancien Régime war die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie riesig geworden. Spätestens in der Reaktion der französischen Gesellschaft auf das Spektakel der Salbung des französischen Königs 1775 war klar geworden, dass die absolutistische Legitimation historisch überholt war und keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr fand. Die Legitimation des französischen Königtums hatte sich

seit dem 16. Jahrhundert zunehmend auf Fragen der Staatsräson und der internen Befriedung des Staates konzentriert und die Politik als Organisationsprinzip und Bezugsrahmen an die Stelle der Religion gesetzt.<sup>161</sup> Der Versuch einer Re-Theologisierung des Königtums zeigte lediglich die Überholtheit der überkommenen Legitimation und wies gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer Neubegründung politischer Herrschaft hin, ohne diese aber selbst leisten zu können. Auch der Adel, der historisch eine wichtige Funktion in der Garantie von befriedeten internen Beziehungen und der Abwehr äußerer Bedrohungen gehabt hatte, war durch seine zunehmend als willkürlich wahrgenommenen Praktiken der Ausbeutung der Bauern und der offen zur Schau gestellten Verschwendungssucht vollständig als intermediäre Institution diskreditiert. Die mehr als hundertfünfzigjährige Nichteinberufung der Ständeversammlung hatte die Kluft zwischen Bauern und Stadtgesellschaft einerseits und dem Adel andererseits weiter vertieft und jede Form der Kommunikation jenseits personalisierter Herrschafts- und Unterdrückungsbeziehungen verunmöglicht. Es bedurfte erst der Selbsterklärung der französischen Gesellschaft zum neuen Souverän in Form der Nationalversammlung und ihres Anspruches, das verbindende Glied zwischen König und Volk zu sein, um hier eine neue und legitimationswirksame Kommunikationsstruktur einzuziehen. Die Abgeordneten verfolgten dabei eher selten ihre »klassenspezifischen« Interessen und lassen sich politisch nur schwer als eher dem Lager der Bauern, der Arbeiter oder des Bürgertums zuordnen. Empirische Untersuchungen zeigen vielmehr, dass ihre Anbindung an ihre Herkunftsregion das dominante Motiv ihrer Interventionen war und dass sie damit durchaus als Intermediäre zwischen der ländlichen Peripherie und dem politischen Zentrum verstanden werden können.<sup>162</sup> Die Nationalversammlung war damit nicht nur die Selbstermächtigung der französischen Gesellschaft, sondern auch die Neubegründung einer kommunikativen Struktur zwischen Zentrum und Peripherie. Sie füllte die Leerstelle, die durch die Entkopplung von Königtum und Adel einerseits und der Gesellschaft andererseits entstanden war und schuf damit die Grundlage dafür, dass Frankreich überhaupt wieder zu einem politischen System werden konnte.

Auch das europäische Staatensystem war von einem weitgehenden Ausfall intermediärer Strukturen und einem resultierenden kommunikativen Loch gekennzeichnet. Die zentrale Debatte zwischen Frankreich und Deutschland über die Leistung von Reparationen seitens Deutsch-

lands an Frankreich war ganz wesentlich von dem französischen Ziel geprägt, dass an Bevölkerungszahl, Wirtschaftspotential und damit langfristig auch an militärischer Schlagkraft überlegene Reich durch Konzessionen zu pazifizieren. Frankreich war nach vier Jahren Krieg, Hundertausenden von Toten, großer Zerstörungen und einer jahrzehntelangen antideutschen Propaganda weder in der Stimmung noch überhaupt nur in der Lage, langfristig und ausgleichend zu denken. Die französische Regierung verfolgte in den Verhandlungen von Versailles und in den folgenden Reparationsverhandlungen nicht das Ziel der Stabilisierung der jungen Republik, sondern ihrer nachhaltigen Schwächung. Nach den beiden Kriegen von 1870/71 und 1914/18 fürchtete Frankreich nichts mehr, als dass Deutschland sich wirtschaftlich und militärisch wieder erholen und die Ergebnisse des Weltkrieges zu revidieren versuchen würde. Frankreich beharrte deswegen auch gegenüber den USA und Großbritannien auf hohen Reparationen, bestand auf Gebietsabtretungen und versuchte sogar, das Rheinland aus Deutschland abzutrennen. Der Antagonismus zwischen den beiden Staaten wurde durch das Ende des Krieges in Versailles nicht beendet, sondern vielmehr geradezu auf Dauer gestellt. Die große Einsicht der Zeit nach 1945, dass sich Frieden langfristig nur auf der Basis einer von allen Seiten als fair angesehenen Herrschaftsordnung realisieren lässt und dass nicht die Ausgrenzung, sondern die Einbindung von ehemaligen Gegnern der Weg zu stabilen Verhältnissen ist, hatten Frankreich und Deutschland vor dem Hintergrund zweier verheerender Kriege innerhalb von fünfzig Jahren noch nicht. Alle Versuche der Verständigung standen daher unter außerordentlich schwierigen Vorzeichen. Die gemeinsame Verleihung des Friedensnobelpreises an den deutschen und den französischen Außenminister, die Gründung der Deutsch-Französischen Gesellschaft sowie sich allmählich intensivierende Kontakte zwischen Schriftstellern wie Paul Valéry, Ernst Robert Curtius und Thomas Mann waren zwar vielversprechende Ansätze, konnten diese tiefen Zerklüftungen aber nicht überwinden. Die beiden Staaten blieben damit in einem zwar eng verflochtenen Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit, das aber gleichwohl weitestgehend von Sprach- und Verständnislosigkeit gekennzeichnet blieb. Der Vorstoß von Briand 1929 einen Plan für die »Vereinigten Staaten von Europa« zu entwerfen, hatte bereits Ähnlichkeiten mit der späteren Europäischen Union. Er war allerdings seiner Zeit noch zu weit voraus, um in der französischen oder in der deutschen Politik nachhaltige Wirkung zu entfalten.<sup>163</sup>

In allen vier Fällen können wir einen Ausfall kommunikativer Vernetzung und der Entstehung einer Ordnung der organisierten Verantwortungslosigkeit zwischen Zentrum und Peripherie beobachten. In allen vier Fällen können wir weiterhin beobachten, dass der unausgefüllte Raum der Vermittlung zwischen Peripherie und Zentrum in der Krise von neuen Akteuren ausgefüllt wurde. Die römischen Feldherren nahmen sich der brachliegenden Anliegen der verarmten Bauernsoldaten an und boten ihnen im Austausch zu Loyalität eine neue ökonomische Perspektive an. Die enge Anbindung der römischen Soldaten an ihre Feldherrn und der hieraus resultierende Konflikt mit ihrer Loyalität zur Republik wurde deutlich, als der Senat seinem Feldherrn Sulla 88 v. Chr. das Kommando entziehen und ihn nach Rom zurückbeordern wollte. Als den Soldaten bewusst wurde, dass dieser Befehl dazu führen würde, dass der bereits geplante neue Feldzug abgeblasen werden und sie auf die erwartete Kriegsbeute verzichten müssen, marschierten sie kurzerhand auf Rom, um den Senat zur Rücknahme der Absetzung Sullas zu zwingen. Mit der Eroberung Roms war ein doppelter Tabubruch verbunden. Es war nicht nur das erste Mal überhaupt, dass römische Truppen gegen Rom Krieg führten. Mindestens genauso gravierend waren die innenpolitischen Folgen des Sieges von Sulla. Nach der Eroberung Roms ließ er seine innenpolitischen Gegner zu Staatsfeinden erklären und zur Fahndung und Hinrichtung ausrufen. Sulla setzte hiermit ein Beispiel, das schnell Schule machen und die Republik weiter ihrem Untergang entgegentreiben sollte.

Auch in den anderen drei Fällen entstanden schnell neue Intermediäre zwischen Zentrum und Peripherie. Die protestantischen Prediger füllten den leer gewordenen Raum mit einer neuen Ideologie und Praxis, die ohne den delegitimierten Papst, seine Bischöfe und Pfarrer vor Ort auskam. Die Nationalversammlung gab den Bauern und Bürgern eine politische Stimme. Und die Nationalsozialisten lassen sich auch als Organ der Millionen Menschen in Deutschland verstehen, die von der internationalen Herrschaftsordnung zu enttäuscht waren, als dass sie noch Bedenken hatten, gegen ihre grundlegenden Normen zu verstoßen. Erst die neue Ordnung von Bretton Woods sollte demokratiekompatible Institutionen schaffen, die eine Brücke zwischen der internationalen Politik und den sozialen Anliegen der Menschen schlugen.

Die generelle Botschaft ist hier, dass stark ausgebildete intermediäre Kommunikationsstrukturen von zentraler Bedeutung für die Stabilität einer Herrschaftsordnung sind. Sie werden in gut funktionierenden

Ordnungen von systemtragenden Kräften im Einklang mit den Grundprinzipien einer Herrschaftsordnung bespielt. Wenn intermediäre Strukturen hingegen brachliegen oder unterbrochen werden, dann verschwinden hierdurch nicht auch die unterliegenden Regelungsanliegen gesellschaftlicher Akteure. Ganz im Gegenteil, wenn bestehende Strukturen nicht funktionieren, dann suchen sich die Kommunikationen neue intermediäre Akteure mittels derer der Steuerungsbedarf kommuniziert wird. Das Auftreten von neuen Akteuren, die die entstandene Lücke zu füllen in der Lage sind, wird dann wahrscheinlich. Es ist ebenfalls wahrscheinlich, dass diese neuen Akteure sich nicht auf die etablierten und dysfunktionalen Strukturen verlassen, sondern nach neuen und im Zweifelsfall außerinstitutionellen und unkonventionellen Verfahren suchen. In diesem Prozess werden alte Institutionen in Frage gestellt, neue Routinen gesucht und existierende Herrschaftsordnungen gezielt unterminiert.

Deutlich wird hier ebenfalls, dass alte Ordnungen nicht bereits dann verfallen, wenn sie dysfunktional geworden sind. Revolutionen werden selten ausschließlich von unten und gegen den Widerstand einer festgefügtten politischen Elite durchgeführt.<sup>164</sup> Ordnungen geraten vielmehr erst dann ins Rutschen, wenn sich in der herrschenden politischen Elite selbst Zweifel ausbreiten und wenn sich signifikante Teile von ihr ab- und den Unzufriedenen zuwenden. Teile der politischen Elite werden so zu neuen intermediären Akteuren, in dem sie Unzufriedenheiten aufgreifen und als Forderung an das Zentrum adressieren. Erst aus der Verbindung zwischen sozial Deprivierten und Menschen mit Zugang zu materiellen und intellektuellen Ressourcen entsteht dann die nötige Mischung, die dysfunktionalen Regimen den letzten Stoß gibt.<sup>165</sup> Politische Systeme sind daher auch erst dann vom Verfall bedroht, wenn ihre Legimitationsmuster unglaubwürdig werden. Immer wieder haben in der Vergangenheit Ordnungen trotz manifester sozialer Ungerechtigkeiten eine erstaunliche politische Stabilität aufgewiesen. In Osteuropa haben die Bauern die faktische Wiedereinführung der Leibeigenschaft in der frühen Neuzeit hingenommen, in Russland hat es vor der Revolution von 1917 kaum größere Aufstände gegeben und in den USA hat die massive soziale Ungleichheit mit Ausnahme einiger begrenzter Unruhen Anfang des 20. Jahrhunderts noch überhaupt nie zu größeren Aufständen geführt. Materielle Faktoren sind zwar wichtig, sind aber eben auch nicht die einzigen relevanten Einflussgrößen für die Frage der Stabilität einer jeweiligen Herrschaftsordnung. Ein wesentlicher Grund

für das sehr unterschiedliche Ausmaß, zu dem soziale Asymmetrien Anlass zu politischen Unruhen geben, findet sich in makrogesellschaftlichen Überzeugungen über legitime Zustände. Schon Hegel wusste, dass sich die Vernunft nur schrittweise in der Weltgeschichte realisiert und dass »der Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit« nur mühsam und außerordentlich ungleichmäßig in die Welt kommt. In den USA, um das eben genannte Beispiel wieder aufzugreifen, herrscht nach wie vor eine Ideologie der individuellen Verantwortung für die eigenen Lebensgeschicke vor, die im scharfen Widerspruch zu allen klassenkämpferischen Parolen steht. Trotz aller sozialen Ungleichheiten gab und gibt es weder eine politisch relevante sozialistische Partei noch eine Debatte über die Einführung einer Vermögenssteuer oder gar mehr als randständige Forderungen nach dem Aufbau sozialstaatlicher Umverteilungsmechanismen im europäischen Sinn. Amerika denkt schlicht anders. Zum Kampf zwischen widerstreitenden sozialen Interessen um die Hegemonie in der Gesellschaft kommt es daher gewöhnlich erst dann, wenn die überkommene Art des Denkens und Handelns und die mit ihr verbundene Herrschaftsform auf eine neue Weltanschauung, mit neuen gesellschaftlichen Zielen, individuellen Lebenserwartungen, Wertvorstellungen und Verhaltensformen stößt. Soziale Ungleichheit wird erst dann als Ungerechtigkeit wahrgenommen, wenn sie sich auf eine Weltanschauung stützen kann, die das Denken in den Kategorien der materiellen Gleichheit zum zentralen Wert erhebt.<sup>166</sup> Politische Kulturen sind daher eine wichtige Größe zum Verständnis politischer Prozesse. Sie lassen sich als – oftmals unbewusste – makrogesellschaftliche Prägungen individueller normativer Dispositionen verstehen und haben einen wesentlichen Einfluss auf alle kognitiven, emotionalen und beurteilenden Einstellungen bezüglich politischer Fragestellungen.<sup>167</sup>

#### 4.3.5 Interregnum: Aus Gegnern werden Feinde

Alle vier Fällen zeigen deutlich, dass pathologisches Lernen und verfallende Ordnungen mit tiefen Konflikten und Kämpfen um eine neue Herrschaftsordnung einher gehen. Alte Ordnungen gehen nicht sang- und klanglos unter, sondern werden von ihren Eliten verteidigt. Die Optimaten wehrten sich bis zum Ende der römischen Republik gegen die Popularen. Die Ermordung Cäsars war hier nur ein herausragendes Ereignis in einer langen Kette blutiger Kämpfe um die Macht im Reich. Genauso wehrten sich Papst und Kaiser mit allen verfügbaren Mitteln

gegen den Protestantismus. Die Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts sind hierfür blutige Belege. Der französische König scheute in seinem Kampf um die Macht nicht davor zurück, ausländische Truppen ins Land zu holen und hatte keine Skrupel, seine Soldaten auf die Bürger von Paris schießen zu lassen. Die neue internationale Ordnung des gezähmten Liberalismus brauchte erst den Lernprozess der Weltwirtschaftskrise sowie die Neutralisierung der nationalistischen Regierungen in Deutschland, Italien und Japan im Zweiten Weltkrieg, um durchgesetzt werden zu können. Alle vier Fälle beschreiben damit einen Prozess, in dem aus einer ursprünglichen Kritik an einer Politik (soziale Krise) eine Kritik an den Institutionen (institutionelle Krise) und dann eine grundlegende Kritik an der normativen Grundlage einer Herrschaftsordnung (Legitimationskrise) wurde. Spätestens ab diesem Zeitpunkt fangen Ordnungen an, das von Gramsci so genannte »Interregnum« zu betreten, eine Phase, in der eine alte Herrschaftsordnung an Verbindlichkeit verliert und eine neue Herrschaftsordnung (noch) nicht genügend Halt und Unterstützung gefunden hat, um die alte abzulösen. Der römische Bürgerkrieg des letzten Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung, die großen europäischen Religionskriege im 16. und 17. Jahrhundert, die Französische Revolution und der Zweite Weltkrieg beschreiben Zeiten, in denen aus Kommunikationen Lärm und letztlich Gewalt wurde. Die beiden Lager standen sich jetzt offen im Modus der Konfrontation und des Kampfes um die Neugestaltung einer Herrschaftsordnung gegenüber. In derartigen Zeiten, so Slavoj Žižek, entstehen politische Monster.<sup>168</sup> Sulla, Thomas Müntzer, Robespierre und Hitler haben bei allen großen Unterschieden im Einzelnen hier auch eine übergreifende Gemeinsamkeit: Sie sind zentrale Akteure in einer Zeit, in der eine alte Herrschaftsordnung an der Herausforderung der Befriedung eines sozialen Konfliktes gescheitert ist und sich jetzt in der Konkurrenz mit einem neu entstehenden politischen Willen behaupten muss. In derartigen historischen Situationen verlieren alte Werte ihre ordnende Kraft und werden beiseitegeschoben, ohne dass bereits eine neue ordnende Werteordnung etabliert wäre. Konflikte werden extremer und ihre wesentlichen Akteure kennen keine Rücksichtnahme mehr auf Normen, die der vergehenden Zeit angehören. Sulla belagerte und eroberte Rom, und führte die Praxis der massenweisen Ermordung seiner populistischen politischen Gegner ein. Bis dato war der Feind immer nicht-römisch gewesen. Römer waren zwar Gegner, aber eben nicht Feinde. Im Interregnum gilt diese Unterscheidung nicht mehr.

Thomas Müntzer führte die Konfrontation mit den Mächten der alten Herrschaftsordnung mit Waffengewalt und konnte in ihnen nur noch Feinde erkennen, denen gegenüber es keine Rücksichtnahme geben könne. Die zunehmend sozialrevolutionär geprägte Agenda Müntzers beinhaltete unter anderem die Aufhebung aller Privilegien des Adels und die Auflösung aller Klöster. Sie zielte nicht mehr auf die Reform, sondern auf die Revolution und die Schaffung einer neuen Herrschaftsordnung. Das gleiche gilt für die Jakobiner um Robespierre. Robespierre hatte bis 1791 noch monarchistische Positionen vertreten und wurde erst aufgrund der Flucht des Königs und der vermuteten konterrevolutionären Motivationen zu einem Verfechter seiner Hinrichtung.

In allen vier Fällen kommt es zu einer massiven Verschärfung der politischen Situation und einer fundamentalen Neubewertung des politischen Gegners. Die Institutionen des jeweiligen Zentrums der vier Ordnungen (also Senat, Papst, König und die Siegermächte) werden in dieser Phase zunehmend von Akteuren der Peripherie umgangen und als inkompetente politische Orte behandelt. Die Suche nach Problemlösungen verlagert sich in einen außerinstitutionellen Raum, in dem fundamental antagonistische Formen der Politik Anwendung finden. Die Frustration über die Blockade des Senates führte in der späten römischen Republik dazu, dass aus der Suche nach Verständigung die offene Konfrontation wurde. Politik begann sich in außerinstitutionellen Bahnen neu zu formieren. Der Volkstribun Tiberius Gracchus präsentierte im Jahr 131 v. Chr. der Volksversammlung unter Umgehung des Senates ein umfassendes Gesetz zur Reform der Landvergabe vor, demzufolge Großgrundbesitz an besitzlose Bürger verteilt werden sollte. Auch die nächsten Schritte bedeuteten nichts weniger als eine Kriegserklärung an die bestehende politische und ökonomische Ordnung. Auf die Weigerung des zweiten Volkstribuns, dem Gesetz zuzustimmen, betrieb Gracchus – wiederum unter Umgehung der etablierten Verfahren – seine Absetzung durch die Volksversammlung. Jetzt ging es offen um die Machtfrage in der Republik. Als Gracchus sich dann auch noch im Widerspruch zur Verfassung erneut von der Volksversammlung zum Volkstribun wählen lassen wollte, eskalierte der Konflikt und führte zu blutigen Unruhen. Auch der zweite Versuch, zehn Jahre später ein neues Ackergesetz gegen den Widerstand des Senates auf den Weg zu bringen, führte wieder zu blutigen Straßenschlachten, in denen sich die ganze Unversöhnlichkeit des Konfliktes zum Ausdruck brachte. Während die Optimaten die alte Zeit der senatorisch verwalteten Republik und des

oligarchischen Großgrundbesitzes mit allen Mitteln zu bewahren suchten, drängten die Popularen mit aller Macht auf einen Umsturz der Verhältnisse. Die Zeit der Verständigung und des Argumentes war vorbei und leitete eine neue Phase der Konfrontation ein.

Ganz ähnlich führte auch die fortgesetzte Abschottung der Kurie in Rom gegenüber ihren Kritikern nördlich der Alpen zu immer radikaleren Formen des Protestes und einem Übergang in den offenen Konflikt. Die Reaktion auf den wachsenden Unmut im Heiligen Römischen Reich und die vielen Kanzelprediger, die gegen die Praktiken der Päpste wetterten, war alles andere als reformorientiert. Schon kurz nachdem Luther seine Bibelauslegung publiziert hatte, kam es zu einer Reihe von schriftlichen Auseinandersetzungen mit dem reformfeindlichen Lager. Für Luther ging es jetzt buchstäblich um alles. Er schrieb, in den Worten von Kaufmann »um sein Leben«<sup>169</sup> und verfasste innerhalb von vierundzwanzig Monaten die Grundlagen einer fundamentalen Kritik am Katholizismus sowie die Begründung einer alternativen christlichen Lehre. Im Ergebnis spitzte sich die Luther'sche Position in dieser Zeit immer weiter zu und wurde unter dem Druck der eingeforderten Erläuterungen nach und nach zu einem fundamentalen Angriff auf grundlegende Positionen der katholischen Kirche. Der Ablasshandel, die Rolle des Papstes als Oberhaupt der christlichen Kirche, der gesamte kuriale institutionelle Unterbau, die Inquisition und die Kreuzzüge: nichts davon hielt der bibeltreuen Auslegung der christlichen Lehre durch Luther stand. Die Auseinandersetzung zwischen Luther und der katholischen Kirche wurde in ganz Europa mit Spannung verfolgt und führte zu einer intensiven Beschäftigung der Universitäten, Klöster und Kirchen mit den Thesen Luthers. Aus einem individuellen Kritiker klerikaler Praxis wurde so unter dem Druck einer reformresistenten Kirche eine breite glaubensrevolutionäre Bewegung, die die europäische Geschichte für die nächsten hundert Jahre maßgeblich prägen sollte. Die katholische Kirche hatte gegen Anfang des 16. Jahrhunderts ihre Hegemonie verspielt. Sie hatte sich als »taub gegenüber dem zunehmenden Unmut, blind gegenüber den aus ihm erwachsenden neuen Ideen, unzugänglich für Fragen und Einwände« erwiesen. Jeglicher Reform hatte sie sich verweigert und »mit einem fast stupiden zu nennenden Starrsinn an dem bestehenden, korrupten System«<sup>170</sup> festgehalten. Ihr Untergang als hegemoniale Herrschaftsordnung war damit vorbestimmt.

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, wurde 1521 eingeschickt. In einem letzten verzweifelten Versuch, die Reformation auf-

zuhalten, wurde Luther durch die päpstliche Bannbulle *Decet Romanum Pontificem* exkommuniziert. Nur drei Monate später ließ der deutsche Kaiser Karl V. von den versammelten Fürsten und Ständen im Wormser Edikt die Lektüre und Verbreitung von Luthers Schriften verbieten. Über Martin Luther sowie seine Anhänger wurde die Reichsacht verhängt. Jeder, der ihrer habhaft werden konnte, war verpflichtet, sie an Rom auszuliefern. Zu diesem Zeitpunkt allerdings konnte sich der Kaiser schon nicht mehr auf die unbedingte Gefolgschaft seiner Landesfürsten und Stände verlassen. Für die Landesfürsten entstand mit der neuen Lehre vielmehr die einmalige Gelegenheit, sich selbst an die Spitze ihrer jeweiligen Landeskirche zu stellen und gleichzeitig jeden politischen Anspruch des Papstes zurückweisen zu können.<sup>171</sup> Für die Landesfürsten war der Lutheranismus daher das perfekte Geschenk. Die neue Religion verband Unabhängigkeit vom Papsttum mit einer sakralen Überhöhung des Fürsten als Oberhaupt der Landeskirche. In Zeiten zunehmender ökonomischer Bedrängnis der Landbevölkerung und einer um sich greifenden Bereitschaft der Untertanen, die bestehenden Verhältnisse in Frage zu stellen, war die Lehre Luthers ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung der bestehenden weltlichen Verhältnisse. In den folgenden Jahren kam es zur Gründung von immer weiteren lutherischen Landeskirchen, die den jeweiligen Fürsten neben der weltlichen auch die höchste geistliche Gewalt in ihrem Territorium einräumten.

Die Zuspitzung des Konfliktes und die Verwandlung von Gegnern in Feinde lässt sich auch in der Französischen Revolution beobachten. Albert Soboul beschreibt in seiner Untersuchung der Sansculotten in den frühen Revolutionsjahren anschaulich, wie der Zorn über die Missstände selbst bei ganz normalen braven Bürgern zu der Bereitschaft führte, an Recht und Gesetz vorbei den Terror der Straße gegen die ehemaligen Herrscher anzuwenden.<sup>172</sup> Innerhalb kürzester Zeit griffen Tuschneider, Tischler und Bäcker zu den Waffen und stellten sich sogar freiwillig als Henker bereit, wenn sie die Gelegenheit hierzu erhielten. Es finden sich eine Vielzahl von Berichten über Handwerker und andere Kleinbürger, denen es »mit der Guillotine nicht schnell genug« ging, die in »Bächen von Blut waten« wollten und die jegliche Scheu davor verloren, Adelige schon wegen geringster Verstöße gegen die revolutionäre Ethik umzubringen.<sup>173</sup> Der Blutrausch der Jahre 1793 und 1794 war weniger der Angst vor einer Invasion aus dem Ausland oder einer adeligen Konterrevolution geschuldet; sehr viel mehr dürfte er die angestaute Wut gegenüber der über Jahre hinweg offen zur Schau gestellten Arroganz des

Adels zum Ausdruck gebracht haben. In den Jahren des Terrors genügte oft schon der Vorwurf, sich abfällig gegenüber Armen oder deren Kleidung geäußert zu haben, um als Konterrevolutionär auf der Guillotine zu enden. Auch die 1793 von den Jakobinern verabschiedete neue Verfassung atmete schon den Geist der Radikalisierung. Sie war wesentlich von den Ideen Rousseaus beeinflusst, hatte starke Elemente direkter Demokratie und führte das »allgemeine Glück« als Ziel staatlichen Handelns auf.

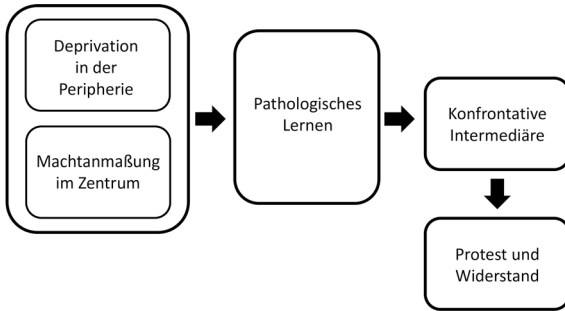
Das Gleiche gilt, wenn auch in sehr viel größerem Maßstab, für die Reaktion weiterer Teile der deutschen Gesellschaft auf die wahrgenommene unfaire Behandlung durch die Alliierten. Der offene Verstoß gegen normative Grundlagen der internationalen Herrschaftsordnung stieß ab Mitte der dreißiger Jahre in Deutschland auf keinen Widerstand mehr, sondern wurde offen begrüßt. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Eingliederung Österreichs, der erzwungene Anschluss des Sudetenlands, die Abspaltung der Slowakei und die Besetzung als Protektorat Böhmen und Mähren sowie die erzwungene Abtretung des Memelland von Litauen wurden allesamt in Deutschland von der Öffentlichkeit begrüßt. Frankreich hatte inzwischen wieder den Status des Erbfeindes. Als das nationalsozialistische Regime Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste, fand sich in Deutschland kaum noch eine Stimme, die widersprochen hätte. Schon längst hatte in Deutschland ein Denken die Oberhand gewonnen, dass die Schmitt'sche Unterscheidung zwischen Freund und Feind<sup>174</sup> umstandslos auf die internationale Politik übertrug. Internationale Politik war kein Ort der Verständigung mehr, sondern wurde zu einem heftig umkämpften Ort, an dem es nur noch Freunde und Feinde gab.

#### 4.4 Fünf Prozesse, ein Muster

Auf der Basis der beschriebenen historischen Prozesse der relativen Deprivation in der Peripherie, der Machtanmaßung und des pathologischen Lernens im Zentrum sowie der zunehmenden Konfliktbereitschaft intermediärer Akteure lässt sich das in Kap. 3.2 eingeführte idealtypische Stufenmodell pathologischen Lernens empirisch kontextualisieren. Wir können pathologisches Lernen jetzt in einen Kontext begünstigender Faktoren und beobachtbarer Konsequenzen integrie-

ren und damit ein empirisch fundiertes Modell des Verfalls einer Herrschaftsordnung skizzieren.

Abb. 5: Modell des Verfalls einer Herrschaftsordnung



Pathologisches Lernen entsteht in einem Kontext, der durch relative Deprivation in der Peripherie sowie Machtanmaßung im Zentrum gekennzeichnet ist. Übermäßige Machtkonzentrationen oder, genauer gesagt, die Annahme übermäßiger Macht seitens der Machthabenden, war in allen vier Fällen von zentraler Bedeutung für die mangelnde Responsivität und Missachtung sozialer Anliegen. Die Vertreibung der römischen Bauernsoldaten von ihren Feldern, die Verelendung der Bauern nördlich der Alpen, die Hungersnöte im absolutistischen Frankreich und die Verarmung weiter Teile der Gesellschaft im Deutschland der frühen Weimarer Republik stehen hierfür. In keinem der vier Fälle führte der offensichtliche soziale Konflikt zu frühzeitigen und nachdrücklichen Versuchen der Problemlösung seitens des politischen Zentrums. Es dauerte in Rom siebzig Jahre vom Ende des Zweiten Punischen Krieges bis zu den Debatten im Senat um neue Ackergesetze. Die Gravamina aus dem Deutschen Reich prallten genauso wie die Reformsynoden am Vatikan ab. Die Hungeraufstände im absolutistischen Frankreich führten zu keinen wirklichen Reformen und die Siegermächte des Ersten Weltkriegs reagierten erst Ende der zwanziger Jahre mit dem Young-Plan auf die offensichtliche Unmöglichkeit, in Deutschland gleichzeitig Reparationen zu zahlen und die Demokratie zu stabilisieren. In allen vier Fällen führte die Verweigerung des politischen Zentrums, die Kritik aus ihrer Peripherie ernst zu nehmen, zu einer Steigerung der Lautstärke der Kri-

tik und einem Wechsel in den Verhandlungsmodus. Die Popularen begannen sich zu einer politischen Kraft zu entwickeln, die die Herrschaft des Senates in der Republik in Frage stellte und den politischen Konflikt auf die Straße verlagerte. Nicht mehr das Argument, sondern die Drohung mit offener Missachtung der legitimen Autoritäten seitens der Peripherie wurden zur kommunikativen Norm. Die protestantischen Reformatoren verschärften genauso ihre Kritik in Reaktion auf die Weigerung des Vatikans, sich zu reformieren und die Androhungen der Exkommunikation. Manche gingen sogar so weit, in den Bauernkriegen den gewalttätigen Aufstand gegen die Autoritäten zu unterstützen. In Frankreich verweigerte sich der Adel in den Parlamenten neuen Steuern und der Mitarbeit an notwendigen Reformen, während der König dazu überging, qua persönlicher Anwesenheit die Geltung seiner Rechtsakte zu erzwingen. Im Deutschland der Zwischenkriegszeit wurde die Zustimmung der Bevölkerung zu den Parteien der SPD und des Zentrums immer geringer und die Bereitschaft zur radikalen Opposition zur bestehenden internationalen Herrschaftsordnung im Allgemeinen und zu den Reparationen im Besonderen immer größer.

Das politische Zentrum reagierte in allen vier Fällen mit der Entwicklung von Formen pathologischen Lernens. In der römischen Republik wurde das Patronagesystem zu einem Modus der Organisation von politischer Konfrontation. Das ehemals auf Ausgleich bedachte System des Gebens und Nehmens transformierte sich in eine Struktur der Gewalt. Die Einführung der Berufssarmee verstärkte diesen Prozess weiter, in dem sie die proletarisierten Römer noch enger an einzelne Patrone anband, die sich jetzt auch noch zunehmend als Gewaltunternehmer in eigener Sache verstanden. Der Vatikan brach die argumentative Kommunikation mit den Reformkräften ab und drohte allen protestantischen Priestern sowie Bischöfen, die ein weiteres Reformkonzil einberufen wollten, mit Exkommunikation. Der französische König entließ seinen Reformminister, holte ausländische Truppen ins Land und versuchte seine Legitimität mit einer Neubetonung traditioneller Riten zu aktualisieren. Und die Alliierten reagierten auf die sich verschärfende weltwirtschaftliche Situation mit einer beggar-thy-neighbor Politik, die durch die sich verschlechternden sozialen Verhältnisse Deutschland an den Rand der Diktatur trieb. Mit zunehmendem pathologischem Lernen des politischen Zentrums und immer neuen Maßnahmen der Abschottung vor Kritik, wurde in allen vier Fällen aus der Kritik an einzelnen Institutionen die Kritik am System als solchem. Nicht mehr der

Senat, sondern die Republik insgesamt war in den letzten Dekaden vor dem Beginn der römischen Kaiserzeit das Objekt der Kritik. Die Republik hatte sich als unfähig erwiesen, den Frieden im Staat zu bewahren. Ihre Verteidiger sahen sich jetzt mit zunehmenden Bestrebungen einzelner Gewaltunternehmer wie Sulla, Pompeius und Julius Cäsar konfrontiert, den Senat auf Kosten der Volksversammlung zu stärken oder die Diktatur an die Stelle der Republik zu stellen. Luther und seine Anhänger reagierten auf die Reformweigerung des Vatikans mit der Idee, dass die christliche Religion auch ohne den Papst und die Kurie auskommen könne und entwickelten sich von Reformatoren zu faktischen Revolutionären. Das französische Bürgertum entwickelte vor dem Hintergrund der mangelnden Responsivität des Königs eine immer grundsätzlichere Kritik am Absolutismus. Mit den Jakobinern setzte sich eine Fraktion durch, die die Monarchie nicht mehr reformieren, sondern insgesamt abschaffen und eine grundsätzliche Neuordnung der Macht im Staat realisieren wollte. Die Entwicklung im europäischen Staatensystem war nicht weniger dramatisch. Mit dem Wahlsieg der Nationalsozialisten kam eine offen revisionistische und faschistische Partei an die Macht, die alle Werte der bestehenden europäischen Herrschaftsordnung mit Füßen zu treten bereit war und die vor Krieg als Mittel der Politik nicht mehr zurückschreckte. In allen vier Fällen können wir damit einen Prozess pathologischen Lernens beobachten, innerhalb dessen ein politisches System mit hoher Machtkonzentration aufgrund eines sozialen Konfliktes in eine institutionelle Krise gerät, in der Politik aus dem Routine- allmählich in den Problemmodus und dann den Konfliktmodus übergeht und in dem die institutionelle Krise zu einer Legitimationskrise einer Herrschaftsordnung wird. Am Ende dieses Prozesses steht in allen vier Fällen eine Ordnung, die ihre Verbindlichkeit verloren hat und von den wesentlichen politischen Kräften zur Disposition gestellt wird. Es ist dieses Interregnum, vor dem Europa allen Grund hat, sich auch zukünftig zu fürchten.

Die Intensität pathologischen Lernens steht in allen vier Fällen in einem Zusammenhang zur Konzentration des politischen Willens im Zentrum. Die Spätphase des französischen Absolutismus zeichnet sich durch ein ausgeprägtes strukturelles pathologisches Lernen aus. Das Zentrum des politischen Systems war nicht nur blind gegenüber allen Informationen bezüglich einer grundsätzlich in Aufbruch befindlichen Gesellschaft und tiefer sozialer Verwerfungen, sondern auch unfähig diese Informationen dort, wo sie wahrgenommen wurden, konstruktiv

zu verarbeiten. Im Zentrum eintreffende Informationen etwa über die Weigerung der Parlamente, königliche Erlässe zu autorisieren oder über den wachsenden Unwillen des Bürgertums, die Verschwendung in Versailles zu tolerieren, konnten nicht mehr neu verarbeitet werden, da das System über keine Möglichkeit verfügte, sie konstruktiv zu verarbeiten. Es operierte im Rahmen eines politischen Betriebssystems, das seine wesentlichen Entscheider auf eine Rationalität festlegte, die grundsätzlich unvereinbar mit dem nötigen politischen Wandel war. Die alten Praktiken des sakralen Königtums, der verschwenderischen Hofhaltung in Versailles und der überholten Vorrechte des Adels wurden trotz und im Gegensatz zu einer inzwischen hochgradig mobilisierten Öffentlichkeit beibehalten. Während die französische Gesellschaft die Ideen Voltaires, Rousseaus und Montesquieus diskutierte, versuchte der König eine Herrschaftsordnung zu revitalisieren, der schon längst jedes gesellschaftliche Fundament und jede Legitimität fehlt. Der späte französische Absolutismus bringt damit einen deutlichen Fall strukturellen pathologischen Lernens zum Ausdruck. Die grundlegenden Legitimationsmuster, auf die sich das politische Zentrum stützte, waren inkompatibel mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Ideen und Wertvorstellungen. Die Reformmaßnahmen von Ministern wie Turgot hatten keine Chance, realisiert zu werden, da sie in ihrer Konsequenz notwendig zu einer neuen Herrschaftsordnung führen würden. Der konzentrierte politische Wille des Systems konnte diese Reformen nicht zulassen, ohne sich letztlich selbst abzuschaffen.

Am anderen Ende des Spektrums steht hier das europäische Staatensystem. Seine polyarchische Autoritäts- und Sanktionsstruktur erklärt die weniger stark ausgeprägte Form pathologischen Lernens und die Nötigung, deutlicher auf kritische Rückmeldungen aus der Peripherie einzugehen. Bereits seit der Gründung des Völkerbundes gab es unter den europäischen Staaten intensive Debatten um seine Reform und sogar erste Vorschläge zur Entwicklung eines europäischen Einigungsprozesses. Vielen der beteiligten Akteure im politischen Zentrum war es bewusst, dass es für eine stabile europäische Staatenordnung einen neuen Zugriff brauchte, der den Nationalismus der Vergangenheit überwinden und eine neue Herrschaftsordnung der Kooperation begründen würde. Die Gründung der Deutsch-Französischen Gesellschaft, die sich intensivierenden Begegnungen zwischen Intellektuellen und Künstlern in Frankreich und Deutschland, die Ächtung des Krieges durch den Briand-Kellogg Pakt und die allmählichen Schritte hin zu

einer Lockerung der Reparationslasten bringen dieses Bewusstsein zum Ausdruck. Die zwanziger und dreißiger Jahre zeigen damit eine ganze Reihe von Ansätzen, die in der Perspektive zu einer Verständigung zwischen beiden Staaten hätten führen können. Unglücklicherweise waren diese Entwicklungen zu langsam, um mit der Zersetzung des demokratischen Bewusstseins in Deutschland Schritt halten zu können.

Es bedurfte erst der Schrecken des Zweiten Weltkrieges, um konstruktives Lernen und die Bereitschaft für die Begründung einer neuen internationalen Herrschaftsordnung zu schaffen. Die späteren Siegermächte beschlossen 1944 in Bretton Woods, die Gründung einer Reihe von internationalen Institutionen, die eine Wiederholung der wirtschaftlichen Katastrophen der dreißiger Jahre dadurch verhindern helfen sollten, dass die internationale und die innerstaatliche Politik enger aufeinander bezogen würden. Mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IMF) wurde eine Institution eingerichtet, die künftig ihren Vertragsparteien günstige und langfristig laufende Kredite für den Fall gravierender Zahlungsbilanzdefizite zur Verfügung stellen würde. Staaten sollten nicht mehr genötigt werden, Importe zu verhindern, um ihre Zahlungsbilanz zu stabilisieren. Gleichzeitig wurde ein Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) geschlossen, das seine Vertragsparteien auf eine Handelspolitik festlegte, die auf den Prinzipien der Nichtdiskriminierung und der Meistbegünstigung basierte. Vertragsparteien sollten sich untereinander alle Vorteile einräumen, die sie auch jeder anderen Vertragspartei einräumten und dabei keine Partei schlechter stellen als andere. Als dritte Institution wurde die Weltbank mit dem Ziel ins Leben gerufen, langfristige Investitionen in die Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen.

Alle drei Institutionen zusammen sollten die Weltwirtschaft mit einem institutionellen Rahmen versehen, der einen »eingebetteten Liberalismus« beförderte.<sup>175</sup> Staaten sollten sich in einem koordinierten internationalen handels- und finanzpolitischen Rahmen langsam wieder für die Weltwirtschaft öffnen können, ohne dabei ihre innenpolitischen Prioritäten vergessen zu müssen. Die wesentliche Lehre, die die Staatengemeinschaft unter Führung der USA aus dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft in den dreißiger Jahren gezogen hatte, lautete, dass die internationale Liberalisierung sensibel für soziale Anliegen realisiert werden müsste und dass Staaten hierbei koordiniert und miteinander, nicht gegeneinander, vorgehen sollten.

Auch die innerstaatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitiken wurden entsprechend neu justiert. In den USA hatte bereits der New Deal seit Anfang der dreißiger Jahre eine sehr viel aktivere Rolle des Staates eingeleitet und erste Elemente einer föderalen Infrastruktur- und Sozialpolitik etabliert. In Großbritannien, Deutschland und Frankreich wurden in den fünfziger und sechziger Jahren umfangreiche Sozialprogramme etabliert und damit eine Ebene der sozialstaatlichen Absicherung der Gesellschaft vor künftigen wirtschaftlichen Abschwüngen eingezeichnet. An die Stelle einer angebotsorientierten Politik der Steuerung des Wirtschaftsprozesses und frei fluktuierender Preise für Produktionsfaktoren sowie dem Inkaufnehmen von zyklischen Auf- und Abschwüngen, sollte künftig eine Nachfragesteuerung treten, die in Phasen ökonomischen Abschwungs über erhöhte Staatsausgaben neues Geld in die Märkte brachte und die dieses in Phasen ökonomischen Aufschwungs wieder zur Bedienung ausgenommener Schulden zurückführte. Zur Koordinierung dieser neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde mit den G7 ein weiteres internationales Forum geschaffen, das Abschwünge in einem Land mit expansiven Maßnahmen in einem anderen Land kompensieren würde. Alle diese Maßnahmen zusammen brachten den großen Lernprozess zum Ausdruck, dass innerstaatliche und internationale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zusammen zu denken wären und dass es eines institutionellen Rahmens bedürfe, um die hierfür nötige Koordination zu realisieren.

Die fünfziger, sechziger und siebziger Jahre waren Zeiten, die heute in der Literatur oftmals als die »Goldene Zeit des Wohlfahrtsstaates« beschrieben werden.<sup>176</sup> In den allermeisten Staaten des Westens war die Arbeitslosigkeit niedrig, das Wirtschaftswachstum kontinuierlich positiv und die soziale Ungleichheit weiter rückläufig. Die Weltwirtschaft wuchs kontinuierlich und zwischen den Staaten der westlichen Welt gab es kaum größere Konflikte, die nicht im Rahmen der bestehenden Institutionen beigelegt werden konnten. Es ist natürlich richtig, dass die westliche Staatenwelt in dieser Zeit ebenfalls in Vietnam, Korea und Nicaragua Krieg führte. Genauso ist es zutreffend, dass die Schuldenquote in vielen unterentwickelten Staaten Afrikas und Lateinamerikas auf Rekordhöhen kletterte, dass die Fischfangflotten Europas die Gewässer vor der westafrikanischen Küste leerfischten und dass weder China noch die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten in die westliche Wohlstandswelt integriert waren. Davon allerdings bleibt es unbenommen richtig, dass die allgemeine Zufriedenheit in der westlichen Welt mit der etablierten

Herrschaftsordnung hoch war. Noch Anfang der neunziger Jahre konnte Francis Fukuyama vom »Ende der Geschichte« schreiben, ohne damit allzu viel Widerspruch zu ernten.

Die Stabilität der Nachkriegszeit stellte ebenfalls den Hintergrund dafür dar, dass Deutschland und Frankreich ihre tausendjährige Geschichte von Krieg und Feindschaft überwinden konnten und sich im Rahmen der europäischen Integration auf ein gemeinsames Projekt der engen Einbindung in einen gemeinsamen Rahmen europäischer Regelungen einließen. Ende der fünfziger Jahre erlitt dieses Projekt mit der Zurückweisung des Aufbaus einer gemeinsamen Armee durch die Assemblée nationale zwar nochmal einen Rückschlag, hat seitdem und bis in die neunziger Jahre allerdings eine Dynamik erlebt, die historisch einmalig ist.

Insgesamt ist die Neuaufstellung der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg als eingebetteter Liberalismus damit ein Erfolgsprojekt konstruktiven Lernens. Diese im Vergleich zu 1918 so unterschiedliche Reaktion der Siegermächte hatte viel damit zu tun, dass die politische Macht im Zentrum des neu entstehenden internationalen Systems stark fragmentiert war. Im Gegensatz zu 1918 gab es 1945 keine große Koalition der Siegermächte, sondern eine scharfe Kluft zwischen Ost und West. Der beginnende Konflikt mit Russland erforderte einen zügigen Wiederaufbau Europas einschließlich Deutschlands, um übermäßige und zeitlich unbefristete finanzielle Belastungen für den amerikanischen Steuerzahler vermeiden und Europa dazu zu befähigen, sich selbst verteidigen zu können. Aus der Fragmentierung politischer Macht und der wahrgenommenen existenziellen Bedrohung entstand ein Kontext, der eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit verbot. Die ebenfalls im politischen Raum verfolgte Idee einer De-Industrialisierung Deutschlands und seiner langfristigen Unterentwicklung auf das Niveau eines Agrarstaates, etwa in Form einer Umsetzung des Morgenthau-Plans, war damit keine gangbare Option. Die fragmentierte Machtstruktur und der aufziehende Konflikt mit Russland dürften wesentliche Gründe für den konstruktiven Lernprozess nach 1945 gewesen sein.

Die beiden anderen Fälle pathologischen Lernens lassen sich irgendwo zwischen dem späten französischen Absolutismus und dem europäischen Staatensystem einordnen. Die römische Kurie am Anfang des 16. Jahrhunderts mit ihrer Kombination aus einer monarchischen Autoritäts- und einer polyarchischen Sanktionskompetenz ist zwar sicherlich

ein Beispiel für ein außerordentlich unresponsives Zentrum und legt in ihren Handlungen auf den ersten Blick eine Beschreibung als strukturell pathologischer Lerner nahe. Gleichzeitig fanden sich allerdings unter den katholischen Bischöfen und Kardinälen auch eine Reihe von Personen, die durchaus reformorientiert und den Ideen der Protestanten gegenüber aufgeschlossen waren. Die Konzilsbewegung hatte daher nicht nur Gegner, sondern auch eine Vielzahl von Anhängern im politischen Zentrum der Kirche, die eine Annäherung an den Protestantismus suchten. Das Trienter Konzil von 1545 – 1563 schaffte es unter ihrem Einfluss, die größten Missbräuche um den Ablasshandel und den Ämterkauf abzustellen sowie die Ausbildung der Seelsorger zu verbessern. Es ist vor diesem Hintergrund durchaus angemessen, von einem lediglich prozeduralen pathologischen Lernen der römischen Kurie zu sprechen und für die Zeit ab der Mitte des 16. Jahrhundert sogar erste Ansätze konstruktiven Lernens zu konstatieren.<sup>177</sup>

Auch die späte römische Republik mit ihrer Kombination aus einer polyarchischen Autoritäts- und einer monarchischen Sanktionskompetenz lässt sich irgendwo zwischen den beiden Extremen des Ancien Régime und der europäischen Staatenordnung einordnen. Ihr politisches Zentrum war zwar blind für die sozialen Verwerfungen in der Folge des Zweiten Punischen Krieges und nicht in der Lage, die Verfahren der Entscheidungsfindung so neu einzustellen, dass die Informationen konstruktiv verarbeitet werden konnten. Gleichzeitig aber waren populare Politiker wie Tiberius Gracchus und Marius Mitglieder des politischen Zentrums und brachten die Ambition zum Ausdruck, die Strukturen des politischen Zentrums so zu verändern, dass mit den sozialen Herausforderungen der Peripherie responsiver umgegangen werden konnten. Dass es hierzu nicht kam, sondern dass sich das politische Klima unter dem Eindruck der Konfrontation zwischen Popularen und Optimaten so weit verschlechterte, dass die Gewalt den Weg für konstruktive Reformen verschloss, ist die große Tragödie der späten römischen Republik. Die ergriffenen Maßnahmen der Einführung einer Berufarmee und der von Gracchus betriebenen Stärkung der Volksversammlung gegenüber dem Senat führten so nicht zu einer Stabilisierung der Republik, sondern trugen letztlich wesentlich zu ihrem Untergang bei. Das allerdings steht einer Beschreibung pathologischen Lernens als eher prozedural denn strukturell nicht im Weg. Das römische politische System wäre grundsätzlich durchaus in der Lage gewesen, eine Verschiebung des Ortes politischer Willensbildung hin zu

einer Neubalancierung des Verhältnisses zwischen Volksversammlung und Senat zu erlauben. Ähnlich wie im Fall des Vatikans waren die Kräfte konstruktiven Lernen allerdings schlicht nicht stark genug, um sich in der politischen Auseinandersetzung gegen die konservativen Kräfte im Senat durchzusetzen.

Diese knappen Zusammenfassungen und Kategorisierungen komplexer historischer Prozesse sind naturgemäß recht holzschnittartig. Die vier Fälle weisen viele Spezifika auf, die in ihrer Rekonstruktion hier in einer Weise vernachlässigt wurden, die manchem Historiker hart aufstoßen mögen. Diese Vernachlässigung findet auf der theoretischen Ebene seine Rechtfertigung darin, dass es sich um ein bewusst schlankes Modell handelt, das über unterschiedlichste Ordnungen hinweg nach den internen Bedingungen pathologischen Lernens fragt. Dieses Ziel zu verfolgen, bedeutet gleichzeitig allerdings auch, von weniger Wichtigem zu abstrahieren und damit viele Einzelphänomene aus dem Blick zu verlieren, die ebenfalls interessant sein mögen, für die Theoriebildung aber eher nachgelagert sind. Das hier verfolgte Vorgehen ist dem Ziel der Sparsamkeit verpflichtet und geht dabei bewusst das Risiko ein, nicht jedes historische Detail zu berücksichtigen und manchmal auch mit einem etwas gröberen Pinsel zu zeichnen. Ob ein derartiges Vorgehen gerechtfertigt ist, entscheidet sich daran, ob es dem Ziel wissenschaftlichen Arbeitens, der Gewinnung neuer Erkenntnisse, zuträglich ist. Das entwickelte Modell behauptet, ein empirisch nicht irrelevantes Muster in der Dynamik pathologischen Lernens empirisch nachzeichnen und wesentliche Gründe für den Verfall einer Herrschaftsordnung benennen zu können. Es behauptet weiterhin, auf der Basis historischer Analysen relevante Aussagen zur Einordnung der Krise der EU und notwendiger Maßnahmen zu ihrer Überwindung anleiten zu können.